

KIFFEN IST KOSCHER
JUDENTUM UND GENUSS

POLYGAMIE FÜR ALLE
IDEEN EINER SAUDISCHEN AUTORIN

KANN MAN SO SAGEN
DAS GLOSSAR ZUM NAHOSTKONFLIKT

WINTER 2023 WWW.ZENITH.ME

zenith



2023

2011

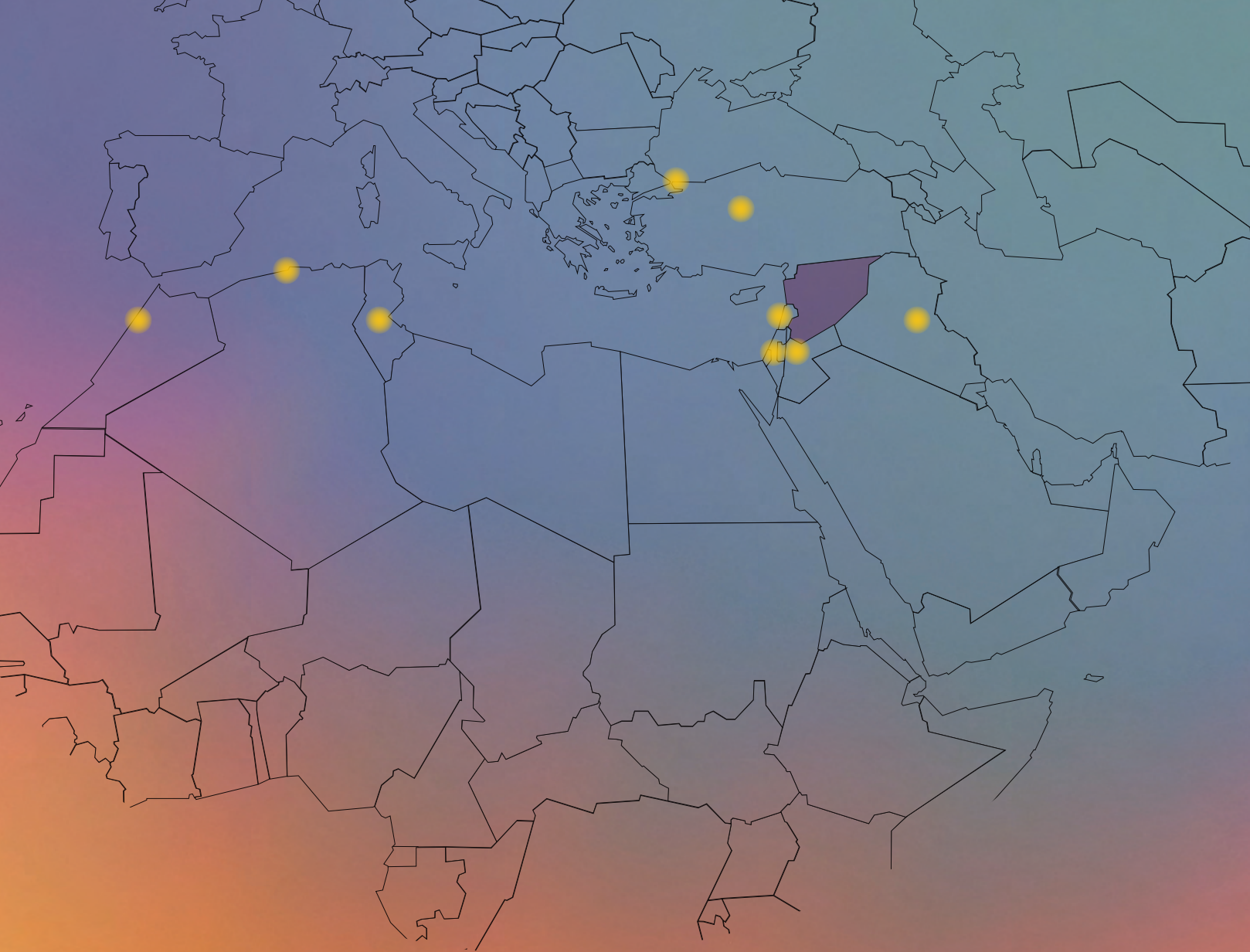
DU HAST DICH KAUM VERÄNDERT

WAS IN SYRIEN GESCHIEHT



DEUTSCHLAND EURO 12,30
EU EURO 14,20
SCHWEIZ SFR 14,20

ISSN 1439 9660



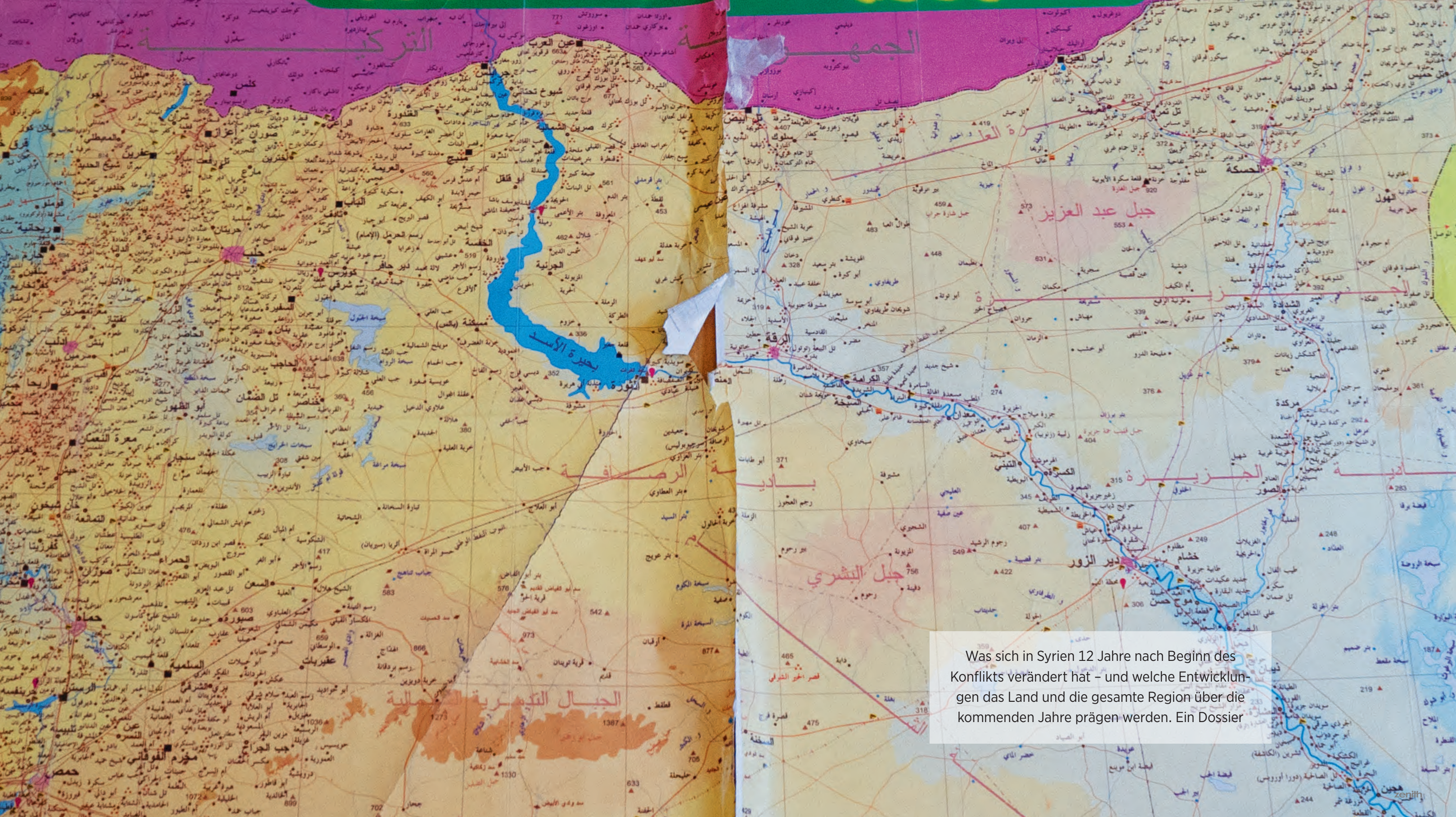
Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich national und international durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Mit unseren Auslandsbüros und Regionalprogrammen im Nahen Osten und Nordafrika begleiten wir die komplexen Transformationsprozesse in dieser Region. Dabei ist es uns wichtig, Akteure und Institutionen zu stärken, die für Rechtsstaatlichkeit und eine breitere politische und sozio-ökonomische Beteiligung gerade der jungen Generation eintreten. Wir schaffen darüber hinaus Plattformen für einen Dialog innerhalb des Nahen Ostens und Nordafrika, aber auch zwischen dieser Region und Europa. Denn nur mit Verständnis füreinander und gemeinsam werden wir die großen Herausforderungen unserer Zeit meistern können.



الجمهورية العربية السورية



ZENITH 2/2023



Was sich in Syrien 12 Jahre nach Beginn des Konflikts verändert hat - und welche Entwicklungen das Land und die gesamte Region über die kommenden Jahre prägen werden. Ein Dossier

GEFÄHRLICHER SCHEINRIESE

Baschar Al-Assad hält sich auch nach 12 Jahren Bürgerkrieg immer noch an der Macht – ist Syriens Präsident als Gewinner aus dem Konflikt hervorgegangen? Die jüngsten Bemühungen arabischer Staaten sowie der Türkei um eine Normalisierung der Beziehungen oder zumindest um eine Annäherung an das Regime sowie die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga scheinen als au-

ßenpolitische Erfolge des Regimes zu Buche zu schlagen. Sind wir also an einem Punkt angelangt, sich mit dem Gedanken anzufreunden, dass das Assad-Regime die Kontrolle über das Land wieder in den Händen hat, regional wieder anerkannt und der Konflikt entsprechend zu seinen Gunsten entschieden ist? Diese Einschätzung ist aus einer Reihe von Gründen falsch:

1. Baschar Al-Assads Machtbasis ist fragil wie lange nicht mehr. Die syrische Armee ist keine integrierte organisatorische Einheit – heute noch weniger als früher. Sie ist vor allem von iranischer und russischer Unterstützung abhängig. Einheiten wie die Vierte Division, die unter Kommando von Assads Bruder Maher steht, führen ein Eigenleben. Die Loyalitäten der bewaffneten Akteure sind somit sehr unterschiedlich verteilt und liegen keineswegs konzentriert in den Händen des Präsidenten. Das Regime hat zudem keine vollständige Kontrolle über den syrischen Luftraum.

Auch die Fähigkeit des Regimes, sich mit wirtschaftlichen Mitteln Gefolgschaft zu erkaufen, geht immer mehr zurück, da es immer weniger zu verteilen gibt. Symptomatisch dafür ist die Ausbootung von Assads Cousin Rami Makhluf durch das Regime im Jahr 2020, der über Jahrzehnte zu dessen größten Nutznießern gehört hatte. Der Kreis der Regimeprofiteure wird seitdem immer kleiner. Die wirtschaftliche Krise in Syrien hat sich seit Mitte des Jahres dramatisch verschärft und führt zu Unruhen in der Bevölkerung, die mittlerweile auch das alawitische Kernland und damit Assads Machtbasis erreicht haben. Baschar Al-Assad ist bei genauer Betrachtung nicht mehr als ein Scheinriese.

2. Syrien als eine territoriale Einheit existiert nicht mehr. Rund zwei Drittel des Territoriums stehen in unterschied-

licher Ausprägung unter Kontrolle des Regimes. Parallel hierzu bestehen drei De-facto-Kleinststaaten im Norden: die Provinz Idlib unter der Herrschaft der islamistischen Miliz »Hayat Tahrir Al-Scham« (HTS); ein Landstreifen im Norden, der von der Türkei und mit ihr verbündeten Milizen kontrolliert wird; sowie die Gebiete im Nordosten des Landes der kurdischen Autonomieverwaltung. Hinzu kommt, dass Russland, Iran, die Türkei und die USA militärisch im Land präsent sind, genauso wie eine Vielzahl weiterer Milizen.

3. Der Krieg in Syrien ist kein »eingefrorener« Konflikt. Angesichts des augenscheinlichen Rückgangs der Kämpfe in Syrien und in Anbetracht der regionalen Eskalationen wird bisweilen übersehen, dass sowohl innerhalb wie auch zwischen den vier zuvor benannten territorialen Einheiten regelmäßig Gefechte ausbrechen. Beispielhaft sind die immer wieder aufflammenden Proteste gegen das Regime, in traditionellen Unruheprovinzen wie der Region Suweida, aber auch in anderen Gebieten unter Regimekontrolle.

Zwischen den kurdisch geführten »Demokratischen Kräften Syriens« (SDF) und arabischen Stämmen im Nordwesten des Landes entzündeten sich im Spätsommer 2023 Auseinandersetzungen, nachdem die SDF einen arabischen Stammesführer, mit dem sie zuvor kooperiert hatten, festnahmen. Zuletzt Anfang Oktober 2023 starteten

Baschar Al-Assads Herrschaft ist fragil wie lange nicht.
Das Regime bleibt ein Risiko für die gesamte Region

VON MICHAEL BAUER

das syrische Regime und seine russischen Verbündeten massive Artillerie- und Luftangriffe auf die Region Idlib.

4. Das syrische Regime destabilisiert die Region. Rund 5,7 Milliarden US-Dollar soll das syrische Regime 2021 dank Captagon verdient haben. Der Verkaufswert der Drogen lag zwischen 50 und 60 Milliarden US-Dollar, und der Handel wird weiter ausgebaut. Zielländer sind insbesondere die arabischen Golfstaaten, aber auch Jordanien und Irak. Syriens Umwandlung in einen Narco-Staat destabilisiert damit die Gesellschaften in seinen Nachbarländern und stärkt Netzwerke der organisierten Kriminalität, die oft mit Milizen zusammenarbeiten. Überdies ist das syrische Regime nicht bereit, Schritte – wie etwa ein glaubwürdiges Amnestiegesetz für Kriegsdienstflüchtlinge – in die Wege zu leiten, die Voraussetzung für eine Rückkehr der mindestens sechs Millionen syrischen Geflüchteten in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien wären.

Von einem Entgegenkommen des syrischen Regimes mit Blick auf Captagon und Flüchtlingsfrage im Zuge der Wiederaufnahme in die Arabische Liga ist indes nichts zu sehen – kaum verwunderlich, dass der Staatenbund die Treffen mit dem Regime zur Umsetzung des Normalisierungsprozesses mittlerweile ausgesetzt hat. Darüber hinaus ist Syrien Teil der von Iran gesteuerten »Achse des Widerstands« mit Hizbullah, Hamas und weiteren Milizen und damit eine Bedrohung für die regionale Sicherheit und Stabilität – wenn nicht mit eigenen Truppen, so als Operationsbasis für Iran und mit Teheran verbündete Milizen.

5. Das syrische Regime ist eine Bedrohung für die eigene Bevölkerung. Willkürliche Verhaftungen, gewaltsame Unterdrückung von Protesten, Folter und Erpressung stellen weiterhin Mittel der Wahl zum eigenen Machterhalt des syrischen Regimes dar. Über 15 Millionen Sy-

rer sind von humanitärer Hilfe abhängig. Schuld daran sind keineswegs, wie oft vom Regime behauptet, die internationalen Sanktionen, die zahlreiche Schlupflöcher zulassen, sondern vor allem die grenzenlose Zerstörung, die das Regime in Syrien selbst angerichtet hat.

Besonders zynisch ist dabei, dass das Regime selbst vom Leid der Bevölkerung profitiert: durch manipulierte Wechselkurse beim Umtausch von Hilfsgeldern und Vorgaben für die Beschaffung von Hilfsgütern, die oftmals regimenahe Unternehmen bevorzugen, bereichert sich das Regime schamlos an der Hilfe, die die internationale Gemeinschaft für die notleidende syrische Bevölkerung zur Verfügung stellt.

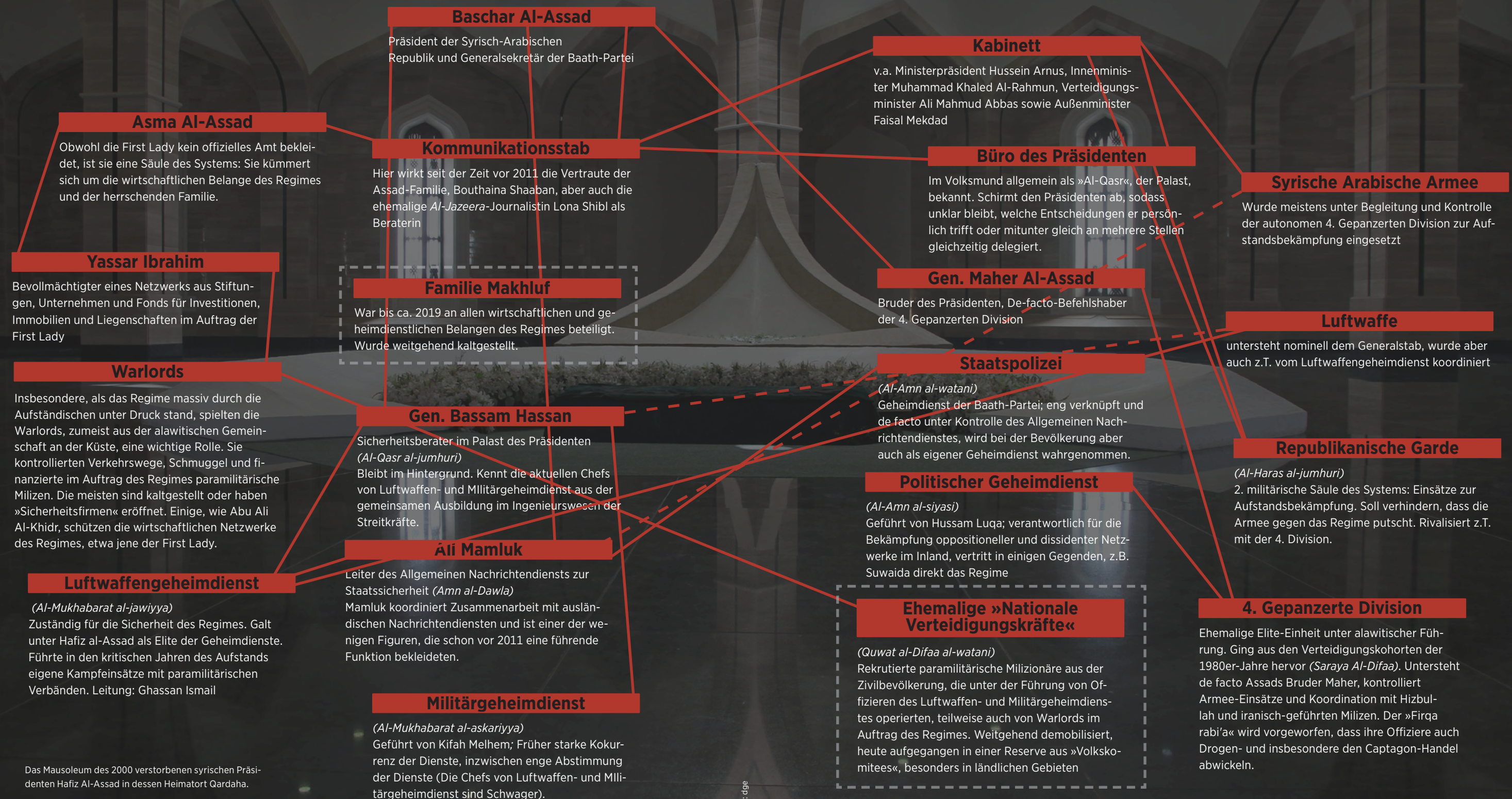
In der internationalen und insbesondere der westlichen Auseinandersetzung mit Syrien und dem syrischen Bürgerkrieg zeichnete sich in den letzten Jahren eine gewisse Ermüdung ab. Das ist vor dem Hintergrund anderer Krisenherde, verursacht insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, aber auch durch Umstürze in der Sahel-Zone, dem Sudan und andernorts teilweise nachvollziehbar. Das wird der Bedeutung Syriens für die Region Nahost jedoch nicht gerecht und geht fälschlicherweise davon aus, dass der Status quo, wie er in Syrien und auch in den Nachbarländern besteht, stabil gehalten werden kann.

Die Beiträge in diesem Dossier analysieren die Ausgangslage in Syrien und der Region und zeigen mögliche Handlungsansätze auf. Klar ist jedoch auch, dass die Wirkungsfähigkeit der westlichen Syrien-Politik in großem Maße davon abhängt, ob es angesichts zahlreicher anderer Herausforderungen gelingt, eine gemeinsame Herangehensweise zu entwickeln oder nicht.

Michael Bauer ist Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Beirut.

ANATOMIE EINES REGIMES

Die Herrschaft über Syrien sichert ein Netz aus Loyalitäten und Institutionen. Wer worüber wacht – und wie der Assad-Clan das Netzwerk zusammenhält. Ein Schaubild



Das Mausoleum des 2000 verstorbenen syrischen Präsidenten Hafiz Al-Assad in dessen Heimatort Qardaha.

3587693

بنك سورية المركزي

١٠٠٠



**GLEICHGEWICHT
DES
SCHRECKENS**

Foto: hanohiki / stock.adobe.com

Die Profiteure des Krieges in Syrien konnten seit 2011 beträchtliche Vermögen anhäufen.

Der Krieg in Syrien hat einer neuen Generation von Geschäftsmännern zu Reichtum und Einfluss verholfen. Dem Regime in Damaskus sind sie auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Ein Deal, von dem beide Seiten profitieren

VON BENJAMIN FÈVE

Der Aufstieg einer neuen Generation von Geschäftsleuten in Syrien ist bezeichnend für die massiven Veränderungen, die seit 2011 die Wirtschaftselite des Landes neu geordnet haben. Die Aufsteiger, die zuvor weitgehend unbekannt waren, profitierten von der Umwandlung der Wirtschaft in eine Kriegsökonomie und den damit verbundenen Möglichkeiten. Mit dem Abflauen der Kämpfe wandelte sich diese neue Elite und kaufte sich mit ihren Kriegseinnahmen in die reguläre Wirtschaft ein. Ein Prozess, der selbst die prominentesten Günstlinge des Regimes aus der Vorkriegszeit an den Rand drängte.

Die Wurzeln des syrischen Klientelismus reichen tief in die 1990er-Jahre zurück. Mit der Machtübernahme Baschar Al-Assads setzte jedoch eine Art Generationswandel ein: Seine Günstlinge standen in direkter Verbindung zu einflussreichen Militärs oder hohen Beamten und wussten die Chancen der moderaten wirtschaftlichen Liberalisierung des Landes für sich zu nutzen. Diese Entwicklung gipfelte in der Gründung der Cham Holding und der Souria Holding, in denen sich die meisten einflussreichen Geschäftsleute der 2000er-Jahre und nur wenige Mitglieder der alten Garde zusammenfanden.

Der Aufstand von 2011 führte dann zu einem fast vollständigen Zusammenbruch der traditionellen Wirtschaftsordnung. Unternehmer sahen ihre Geschäfte kollabieren, Investitionen blieben aus – und neue Einnahmequellen entstanden: Schmuggel, Drogenhandel, Schutzgelderpressung. In dieser Zeit stieß eine neue Generation von Geschäftsleuten in die erste Reihe vor. Sie hatten zwar keine Verbindung zu den traditionellen Wirtschaftskreisen, pflegten dafür aber enge Beziehungen zur Politik. Wer über lokale Netzwerke verfügte, machte sich für das Regime unentbehrlich.

Während der Krieg die traditionelle Wirtschaft zum Erliegen brachte, profitierte diese neue Generation von Geschäftsleuten von allem, was der Krieg mit sich brachte. Zu den Hauptgeschäftsfeldern gehörte die Aufstellung bewaffneter Milizen und die Kontrolle über bestimmte Straßenabschnitte. Vor allem in den ersten Kriegsjahren erwies sich diese Tätigkeit als lukratives Geschäft, an dem sich auch Teile der syrischen Armee beteiligten. Wer die Checkpoints passieren wollte, musste bezahlen. Einige Geschäftsleute

nutzten diese Einnahmen geschickt als Turbo für die eigene Karriere.

Indem sie als Vermittler auftraten, gelang es einigen Geschäftsleuten, dem syrischen Regime den Zugang zu wichtigen Rohstoffen zu sichern – und sich selbst beste Kontakte zur Regierung. Da wichtige Rohstoffe wie Öl und Gas plötzlich in Gebieten lagen, die von Gruppen wie den »Demokratischen Kräften Syriens« und dem sogenannten Islamischen Staat (IS) kontrolliert wurden, sah sich Damaskus zu Verhandlungen gezwungen. Das wiederum ebnete Geschäftsleuten den Weg, im Namen des Regimes wichtige Verträge abzuschließen.

Der wachsende Einfluss Russlands und Irans, der beiden wichtigsten Unterstützer des Regimes, hat einige Geschäftsleute dazu veranlasst, sich als Vermittler für diese Regierungen zu positionieren. In dieser Rolle schmiedeten sie strategische Allianzen, betrieben Lobbyarbeit für diese Staaten und vertraten generell deren Interessen in

Syrien. Aufgrund ihres Einflusses in Moskau und Teheran wurden diese Geschäftsleute dann auch zu internationalen Wirtschaftsforen eingeladen, wo sie für Investitionen in Syrien warben – und sich gleichzeitig als Vermittler für solche Investitionen ins Spiel brachten.

Einflussreiche Geschäftsleute haben sich auch als eine Art Stellvertreter für prominente, dem Regime nahestehende Persönlichkeiten etabliert, bis hin zum Ehepaar Assad und ihren direkten Verwandten. Als Mittelsmänner schützen sie einflussreiche Persönlichkeiten wirksam vor Kontrollen und erleichtern es ihnen, sich an staatlichen Ressourcen zu bereichern oder lukrative Verträge abzuschließen, ohne dass öffentlich wird, wer eigentlich profitiert. Damit wächst auch der wirtschaftliche und politische Einfluss der Mittelsmänner.

Ein neuer Geschäftszweig ist der Drogenschmuggel, insbesondere von Captagon. Einige syrische Geschäftsleute haben so erstaunliche Karrieren hingelegt. Da der Handel mit illegalen Substanzen mittlerweile einen beträchtlichen Teil der Staatseinnahmen ausmacht, finden umtriebige Geschäftsleute hier zahlreiche Betätigungsfelder: von der Produktion bis zum Transport der Drogen.

All diese neuen Geschäftsfelder haben es syrischen Unternehmern ermöglicht, massiv von der Verbindung zu Baschar Al-Assad sowie der Entstehung der Kriegsökonomie

Die Cham Holding und der Souria Holding versammelten die meisten einflussreichen Geschäftsleute der 2000er-Jahre

Einige Geschäftsleute nutzten Einnahmen aus kostenpflichtigen Checkpoints geschickt als Turbo für die eigene Karriere

zu profitieren. Sie konnten ihre finanziellen Ressourcen und gesellschaftlichen Netzwerke nicht nur erhalten, sondern sogar ausbauen. Männer wie Fares Shehabi, Mohammad Hamsho, Fahd Darwish, Samer Al-Dibs, George Heswani und Tarif Al-Akhras stechen in dieser Hinsicht hervor. Shehabi und Hamsho beispielsweise haben sich durch ihre engen Beziehungen zur Assad-Familie einen Namen gemacht und helfen, deren wirtschaftliche Aktivitäten zu verschleiern. Darwish und Dibs nutzten ihre Auslandskontakte, um Geschäftsbeziehungen zu knüpfen. Heswani ließ seinen Einfluss im Energiesektor spielen, um Ölgeschäfte zwischen dem Regime und dem IS zu vermitteln.

Ein lukratives Geschäft. Die Profiteure des Krieges konnten seit 2011 so auch beträchtliche Vermögen anhäufen. Insbesondere Samer Foz, Hussam und Baraa Katerji, Yassar Ibrahim, Khaled Zubaidi, Khodr Ali Taher, Amer Khiti und Wassim Qattan haben sich für das Regime als wertvoll erwiesen. Der einst unbekannt Foz wurde sogar mit Rami Makhluף, einem der reichsten Syrer und Cousin von Baschar Al-Assad, verglichen. Auch die Brüder Katerji sicherten sich durch Geschäfte mit dem Regime beträchtliche Gewinne und konnten gleichzeitig ihren politischen Einfluss ausbauen. Yassar Ibrahim und Khaled Zubaidi, einst ebenfalls nahezu unbekannt, verfügen auf dem Papier über beträchtliche Vermögen. Sie gelten als Mittelsmänner für mächtige Regimevertreter, darunter das Präsidentenpaar selbst. Taher und Khiti schließlich erlangten Berühmtheit durch die Verwaltung von Checkpoints der syrischen Armee und mit ihr verbündeten Milizen.

Am deutlichsten zeigt sich der Wandel im Öl- und Gassektor. Dieser Wirtschaftszweig wurde traditionell von Mahruqat beherrscht, einer staatlichen Agentur, die eng mit dem Ölministerium verbunden war und das Monopol für den Import, den Handel und den Vertrieb von Ölprodukten besaß. Heute scheint dieses Privileg in den Händen der Brüder Katerji zu liegen. Auch wenn zeitweise anderen Firmen der Import von Energieträgern erlaubt war, wird der Löwenanteil von der BS Company abgewickelt. Ein Unternehmen mit engen Verbindungen zu den Katerjis, das von den einflussreichen syrischen Handelskammern, unter anderem in Damaskus, Aleppo und Homs, immer wieder als Importeur von Heizöl, Ölgas und Gas den Zuschlag erhielt.

Mit dem Aufstieg von Yassar Ibrahim seit 2020 hat sich auch der Telekommunikationssektor nachhaltig verändert. Ibrahim steht geradezu symbolisch für den Aufstieg einer neuen Wirtschaftselite und die damit einhergehende Verdrängung der alten Garde der Nullerjahre. Im Jahr 2021 erwarb er die Mehrheit an Syriatel, dem größten Mobilfunkanbieter des Landes – Anteile, die zuvor dem in Ungnade gefallenen Rami Makhluף gehörten. Einige Monate zuvor hatte Ibrahim über seine Töchter auch einen großen Anteil an MTN Syria, dem direkten Konkurrenten von Syriatel, erworben.

Im Februar 2022 schließlich erhielt Wafa Telecom PJSC die erste neue Mobilfunklizenz seit 21 Jahren. Die Hauptan-

teilseigner des Unternehmens sind natürlich ebenfalls mit Ibrahim verbunden.

Auch wenn es nicht immer gleich um die Kontrolle ganzer Branchen ging, gelang es in den letzten Jahren immer wieder zuvor nahezu unbekanntem Geschäftsleuten, erstaunlich weitreichende Verträge abzuschließen. Oftmals zu Lasten der alten Wirtschaftselite. 2017 wurde ein von Khaled Zubaidi kontrolliertes Unternehmen für 45 Jahre mit dem Management des Fünf-Sterne-Hotels Ebla und des angeschlossenen Konferenzzentrums betraut – der größten Einrichtung dieser Art in Syrien. Lokale Medien kritisierten später, dass hier private Investoren bevorzugt worden seien. Im Oktober 2022 erhielt eine andere Firma Zubaidis einen Auftrag im Wert von fast 40 Millionen Euro für den Bau und Betrieb eines Einkaufs- und Tourismuszentrums auf staatlichem Grund und Boden in Damaskus.

Auch Wassim Qattan profitierte in ähnlicher Weise. In den Jahren 2017 und 2018 erhielt der zuvor nahezu unbekannt Geschäftsmann auf einen Schlag millionenschwere Aufträge. Darunter die Lizenz, mit dem Einkaufszentrum Qassiun eines der größten Einkaufszentren des Landes zu betreiben. Lokale Medien kritisierten in diesem Fall nicht nur die im Vertrag genannten Summen, sondern wunderten sich auch über die Absetzung des bisherigen Managements, dessen Verträge eigentlich noch Gültigkeit besaßen.

Die Umstrukturierung wirtschaftlicher Einflussphären in Syrien ist weitreichend und hat schwerwiegende Folgen. Die wohl wichtigste ist die zunehmende Zentralisierung des Reichtums unter der Kontrolle des Ehepaars Assad. Da alle Geschäftsleute auf gute Beziehungen in Damaskus angewiesen sind, profitieren der Präsident und seine Frau Asma davon wie niemand sonst.

So kann das Regime die Mittel und den Einfluss dieser Geschäftsleute leicht für die eigenen politischen Ziele nutzen. Begünstigt wird dieses Arrangement auch dadurch, dass deren Status wiederum von der Stabilität der Herrscher-Clique abhängt. So kann das Regime seine Anhänger zu bestimmten Handlungen zwingen: Soll etwa die Währung stabilisiert werden, werden Unternehmen aufgefordert, in die heimische Wirtschaft zu investieren. Geldstrafen gegen einzelne Unternehmen füllen wiederum die Staatskasse.

Darüber hinaus können Geschäftsleute dem Präsidentenpaar und seinen Verbündeten helfen, ihr eigenes Vermögen zu vermehren. Ein Arrangement, das den wirtschaftlichen Einfluss des Regimes stärkt und es ihm ermöglicht, Reichtum anzuhäufen.

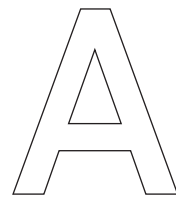
Es ist ein Deal, der sowohl die Macht des Regimes als auch den Wohlstand dieser Geschäftsleute sichert. Seine Folgen gehen weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus. Vielmehr ist er von entscheidender Bedeutung für die politische Stabilität des Regimes – und damit für die Zukunft des Landes von integraler Bedeutung.

Benjamin Fève ist Redakteur beim Wirtschaftsfachportal *The Syria Report*.

DAMASKUS IN FLAMMEN

Die syrische Hauptstadt wird offiziell vom Regime kontrolliert. Doch zwischen damaszenischem Mauerwerk und den Märkten der Stadt bereichern sich iranische »Investoren« und deren syrische Satrapen

VON HABIB SHEHADA



Am Morgen des 23. April 2016 geht der Asruniya-Markt in Flammen auf. Die Löscharbeiten dauern bis zum Abend, 80 der 200 Geschäfte auf dem Marktplatz werden zerstört. Die Stadtverwaltung behauptet, ein Stromausfall und ein anschließender Kurzschluss hätten das Feuer ausgelöst. Der Markt liegt im Herzen der Altstadt von Damaskus, unweit der Umayyaden-Moschee, des Al-Hamidiyah-Marktes und der Damaszenzer Zitadelle – er gehört zu den Wahrzeichen der Stadt. Seit Jahrhunderten werden hier Wasserpfeifen und Spielzeug, Haushaltswaren und Stoffe, Lebensmittel und Parfüm verkauft.

Während die Besitzer der ausgebrannten Geschäfte fassungslos vor den Trümmern ihrer Existenz stehen, kommt von der Regierung kaum Hilfe. Mit schwerem Gerät werden Schutt und Asche beseitigt, doch der finanzielle Schaden bleibt. Viele Ladenbesitzer vermuten, dass Handlanger der iranischen Regierung hinter dem Brand stecken. Denn seit Beginn des Krieges in Syrien 2011 versucht die Islamische Republik, historische Gebäude auf dem Markt aufzukaufen.

Indizien dafür gibt es viele. Zum Beispiel, dass der nahe gelegene Schrein der Sayyida Ruqayyah – der Tochter des schiitischen Imams Hussain – schnell wieder aufgebaut wurde. Die Grabanlage und die dazugehörige Moschee sind nun Teil einer großen Husseiniya-Versammlungshalle, die umliegenden Gebäude mit iranischen Flaggen und Fotos von Qassem Soleimani geschmückt, der vor seinem Tod als Generalmajor die iranischen Qods-Brigaden befehligte.

»Ich und andere Ladenbesitzer werden von einflussreichen iranisch-syrischen Personen unter Druck gesetzt. Sie drängen uns, unsere Geschäfte zu verkaufen«, sagt einer der Betroffenen gegenüber dem Autoren. Yassin J. verkauft in Asruniyah Haushaltswaren und Lebensmittel. Wie viele seiner Kollegen weigert er sich, sein Geschäft abzutreten.

Viele Ladenbesitzer vermuten, dass Handlanger der iranischen Regierung hinter dem Brand stecken

Die Reparaturen nach dem Brand habe er selbst finanziert, ebenso wie die teure neue Lizenz, die das Finanzministerium verlangte.

Hilfen für Händler wie Yassin J. kamen immerhin von der Handelskammer in Damaskus, die einen Sonderfonds für vom Brand betroffene Händler eingerichtet hatte. Doch der Wiederaufbau war an Bedingungen geknüpft. So wurden die Eigentümer aufgefordert, die zerstörten Ladenfassaden in einheitlichem Stil, Farbe und Baumaterial zu erneuern.

Doch der Brand auf dem Asruniya-Markt blieb in Damaskus kein Einzelfall. Im darauffolgenden Jahr 2017 brannte der Wollmarkt am Bab Al-Jabiya. 2020 dann der Bazuriyah-Markt, einer der bekanntesten und lukrativsten Marktplätze Syriens. Ein Ladenbesitzer dort, der anonym bleiben möchte, schildert, wie er Monate nach dem Brand

Angebote zur Übernahme seines Ladens erhielt: »Diese Geschäfte haben wir von unseren Vorfahren geerbt, sie haben einen symbolischen Wert. Wir können sie auf keinen Fall aufgeben.«

Im Juli 2023 brennt mit dem Saruja-Markt in der Nähe der Al-Thawra-Straße ein weiterer historischer und denkmalgeschützter Ort ab, ohne dass die Behörden die wahren Brandursachen ermitteln. In Saruja gehen nicht nur Schuhfabriken und andere Geschäfte

verloren, sondern auch die Häuser der einstigen Stadtteile. Zum Beispiel das von Abdel Al-Rahman Pascha Al-Yusuf, dem Prinzen des Hadsch-Zentrums unter den Osmanen. Ein Damaszenzer Haus voller Ornamente, Holzarbeiten und osmanischer Dokumente.

Seit dem Ausbruch der Proteste in Syrien im März 2011 versucht Iran auch, in Damaskus seinen kulturellen und gesellschaftlichen Einfluss auszubauen. In den vergangenen zwölf Jahren ist es den Mittelsmännern aus Teheran gelungen, tief in Wirtschaftsleben und Kulturszene der Stadt einzudringen – mit einer Vielzahl von Methoden. Iraner kaufen Unternehmen und Immobilien, nehmen Einfluss auf die Kultur- und Bildungspolitik in den Schulen der Stadt und geben den Ton an religiösen Stätten und Heiligtümern an.

Foto (links): Facebook

Foto (rechts): SANA



Eine Propaganda-Veranstaltung der libanesischen Hizbullah im Sayyida-Zainab-Schrein von Damaskus



Brandschäden nach dem Feuer auf dem Damaszenzer Asruniya-Markt

Foto: SANA



Auch Teile des Buzuriyya-Marktes in der Altstadt von Damaskus wurden durch Brandstiftung verwüstet.

Wie das funktioniert, erklärt Khalil Al-Shatti. Der Syrer ist selbst Immobilienmakler und lebt in der Altstadt von Damaskus. Syrisch-iranische Makler würden hier mit ihren Angeboten zunächst oft auf Granit beißen, berichtet er. Doch am Ende entscheide, wer das beste Angebot mache. So sei es einer Gruppe von Iranern bereits 2015 gelungen, ganze Wohnblöcke in der Nähe des berühmten Sayyida-Zainab-Schreins im Stadtteil Amara zu erwerben, so der 50-jährige Makler. Es sind Investitionen für Jahrzehnte, die sich aus Sicht der iranischen Geschäftsleute trotz der hohen Kosten lohnen.

Gegen die schleichende Übernahme der eigenen Wirtschaft durch Iran könnte sich die syrische Regierung ohnehin nicht wehren, selbst wenn sie es versuchte. Ohne die militärische Unterstützung aus Teheran wäre das Regime längst zusammengebrochen. Laut dem iranischen Wirtschaftsportal *Bazaar* hat Iran 2022 mehr Waren nach Syrien importiert, als von dort eingeführt. Zudem gewährt das Assad-Regime seinen iranischen Verbündeten immer wieder Kredite. So zeigen geleakte iranische Regierungsdokumente, dass Syrien in acht Großprojekte im Land investiert hat, etwa in Ackerland und Fabriken zur Herstellung von Milchpulver und Babynahrung.

Die iranische Regierung nutzt geschickt die sich verschlechternden Lebensumstände und miese Wirtschafts-

lage in Syrien, um eigene Wohlfahrtsverbände, religiöse Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser zu eröffnen. Die finanzielle und materielle Unterstützung der notleidenden Bevölkerung geht Hand in Hand mit der Indoktrinierung durch die iranische Revolutionspropaganda. Für den syrischen Historiker Raed Abbas geht diese Praxis auf das Jahr 2005 zurück.

Damals habe Iran durchsetzen können, dass in den an Schulen und Universitäten angeschlossenen islamischen Seminaren religiöse und kulturelle Veranstaltungen stattfinden dürfen. Dazu gehören Freitagsgebete, religiöse Zeremonien, Dhikr-Veranstaltungen und Koranseminare. An diesen Schulen werde auch Persisch unterrichtet, so Abbas. Die zunehmende Durchdringung der Kultur- und Bildungspolitik lässt sich aus seiner Sicht vor allem daran ablesen, dass sich die persische Sprache an immer mehr Bildungseinrichtungen und Universitäten wie in Damaskus oder Aleppo durchsetzt.

Wie wirtschaftliche, religiöse und ideologische Einflüsse ineinandergreifen, lässt sich auch im Nordwesten Syriens, in Latakia, gut beobachten. Wenn Damaskus das Herz des Regimes ist, dann ist Latakia seine Halsschlagader. Der dortige Hafen unter syrisch-iranisch-russischer Kontrolle ist für das Regime überlebenswichtig. Hier legte Iran 2014 den Grundstein für das »Propheten-Haus«, der laut Historiker Abbas der Missionierung dient. Es handelt sich um eine Einrichtung, in der zahlreiche Schulen und Rechtsinstitute versammelt sind, die die schiitisch-dschafarische Rechtsdoktrin lehren.

Von hier aus wird überdies die finanzielle Unterstützung von Familien koordiniert, deren Kinder iranische Schulen besuchen. Die Institution übernimmt die Kosten für Bücher, Schulweg und Unterkunft vor Ort. Auch in den religiösen Stätten entlang der syrischen Küste wachse der iranische Einfluss, meint Abbas. Teheran zahle für die Restaurierung von Gebäuden und für alawitisches Personal – solange dort schiitische Überzeugungen iranischer Prägung vermittelt werden.

Habib Shehada ist freier Journalist und schreibt unter anderem für das Webportal *Syria Direct*.

EIN SCHATTEN HÄNGT



Die Hängebrücke über dem Euphrat aus den 1920-er Jahren wurde 2013 zerstört.

Foto: Reinhard Dietrich / Wikimedia Commons

ÜBER DEIR AL-ZUR

Im Osten Syriens konnte sich der sogenannte Islamische Staat (IS) einst breitmachen. Um einer Rückkehr der Islamisten effektiv vorzubeugen, sollte den Stämmen vor Ort mehr Teilhabe und Mitsprache eingeräumt werden – denn Kurden und Araber teilen ein ähnliches Trauma

VON ABDULLAH AL-GHADHAWI

Das Gouvernement Deir Al-Zur im Osten Syriens gehörte von Beginn des Aufstandes an zu den Gebieten, in denen der Widerstand gegen die Regierung in Damaskus am stärksten war. Proteste fanden vor allem in Al-Bukamal, Al-Qurya und der Stadt Deir Al-Zur selbst statt. Alle diese Gebiete liegen westlich des Euphrats, was bemerkenswert ist, da von dort vor 2011 keine sozialen Bewegungen ausgingen.

Die schwierige geografische Lage inmitten der Syrischen Wüste, der *Badia*, hat jedoch dazu geführt, dass dieser Teil der Revolution auch medial fast untergegangen ist. So wurde die Geschichte des Aufstands vor allem in Damaskus, den zentralen Landesteilen und in Nordsyrien geschrieben. Die Proteste in Deir Al-Zur im Osten Syriens verkamen zur Randnotiz.

Wer verstehen will, wie der sogenannte Islamische Staat (IS) in Deir Al-Zur inmitten des kurdisch-arabischen Konfliktes wieder zu alter Stärke aufsteigen will, muss einen Blick auf die Geschichte dieses Landesteils werfen. Genauer gesagt, was hier aufgrund des Kriegs weggebrochen ist und die Bevölkerung einst zusammenhielt. Dazu muss man auch verschiedene Gebiete innerhalb des Gouvernements in unterschiedlichen Phasen des Konflikts analysieren.

Da ist zum einen die Stadt Deir Al-Zur, die unter der Kontrolle der syrischen Regierung und ihrer iranischen Verbündeten steht. Daneben die Gebiete zwischen Al-Bukamal an der irakischen Grenze bis hinauf nach Deir Al-Zur sowie die Gegend, die sich nach Al-Hasaka im Norden zieht.

Die folgende Analyse konzentriert sich auf das Gebiet zwischen Al-Bukamal und Al-Mayadin. Eine konfliktreiche Region, die einst das Kernland des IS bildete und sich über beide Ufer des Euphrat erstreckt. Während die *Shamiya*, das südliche Ufer des Euphrats, von der syrischen Regierung und iranischen Milizen regiert wird, ist das Gebiet nördlich des Euphrats unter der Kontrolle der »Demokratischen Kräfte Syriens« (SDF) wie auch der internationalen Koalition, die den IS bekämpft. Während in der Stadt Deir Al-Zur der Einfluss der Stämme ausgeglichen verteilt und kein Familienverband größer als der andere ist, dominieren die Uqaidat die jeweiligen Ufer des Euphrats. Diese geografische Verteilung sowie die Unterscheidung zwischen *Jazira* im Norden und der Stadt Deir Al-Zur im Süden helfen, die Dynamiken im Gouvernement zu verstehen.

Seit Beginn des Krieges 2011 haben sich die Machtverhältnisse in Deir Al-Zur mehrfach grundlegend verändert.

Zu Beginn des Konflikts wurde die Region von der »Freien Syrischen Armee« (FSA) kontrolliert, früh wurden Militärräte abgehalten und Sicherheitsallianzen geschmiedet. So gelang es den Aufständischen, die Städte Al-Bukamal und Al-Mayadin sowie deren Umland einzunehmen. Das Herz der Region, die Stadt Deir Al-Zur selbst, konnten die Rebellen jedoch nicht unter ihre Kontrolle bringen.

Dem raschen Aufstieg der FSA folgte ein ebenso schneller Niedergang. Den Aufständischen fehlte es an Struktur, Organisation und Verwaltung. Die Nusra-Front eroberte Al-Bukamal und rückte immer weiter nach Westen vor. Die Islamisten schürten die Angst vor einem Bündnis säkularer Kräfte – und vor der Demokratie. Wer mit dem Regime in Damaskus oder der FSA paktierte, galt als Häretiker. Die Gräueltaten der Nusra-Front ließen bei der Bevölkerung in Al-Bukamal, Al-Mayadin und vielen Gemeinden östlich des Euphrat schnell die Hoffnung auf eine gemeinsame Revolution schwinden.

Mit der Ausdehnung ihres Einflussgebietes nach Westen wurde die Nusra-Front auch zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor, da die Islamisten die Grenze zum Irak und den dortigen Handel kontrollierten. Ursprünglich vom IS nach Syrien geschickt, um dort eine weitere »Front des Sieges« zu bilden, schloss sich die Gruppe nach der Spaltung von IS und Al-Qaida in Syrien letzterer an. Aus Verbündeten wurden Erzfeinde.

Nachdem Al-Bukamal im Juni 2014 durch geheime Absprachen einiger Nusra-Anhänger mit dem eigentlich verfeindeten IS in dessen Hände fiel, wurde Deir Al-Zur in die Verwaltungsstruktur des entstehenden transnationalen IS-Territorium eingegliedert. Erst fünf Jahre später gelang es der internationalen Allianz, an

der neben den Amerikanern vor allem russische und kurdische Streitkräfte beteiligt waren, den IS zurückzudrängen und schließlich zu besiegen. Damit gerieten die Gebiete östlich des Euphrats faktisch unter die Kontrolle der SDF, die die Region bürokratisch, politisch und wirtschaftlich verwalten.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, wie die diskriminierende Politik aller Besatzungsmächte, Vertreibung und Repression letztlich den Nährboden für den Islamismus bereitete. Bis auf die kurze Zeit, in der sich die FSA für eine zivile Verwaltung durch einheimische Familienverbände einsetzte, war Deir Al-Zur fremdbestimmt: von der syrischen Armee, der Nusra-Front, dem IS und zuletzt von den Kurden unter der Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens. Sie alle marginalisierten die dort organisierten Stämme.

Die arabischen Stämme waren in diesen Jahren nicht in der Lage, ihre Ansichten in die Verwaltung der Region einzubringen. Im Gegenteil – die alteingesessenen Scheichs vermissten den Respekt und die Wertschätzung, die man ihnen in der Zeit vor dem Bürgerkrieg gezollt hatte. Und so

Die Proteste in Deir Al-Zur im Osten Syriens verkamen 2011 zur Randnotiz

verließen viele von ihnen Deir Al-Zur in Richtung Damaskus, darunter auch die einflussreichen Brüder Ayman und Raja Dahham Al-Dandal, deren Stamm großes Ansehen genießt. Bis heute leben sie in der syrischen Hauptstadt, auch wenn sie stets Distanz zum Regime gehalten haben.

Die Marginalisierung der arabischen Stämme in Deir Al-Zur über mehr als ein Jahrzehnt hat unter ihnen die Überzeugung gefestigt, dass keine Kriegspartei in ihrem Sinne handelt – und keine Herrschaft von Dauer sein wird. Kooperationen hielten nie lange, der Aufbau einer funktionierenden Zivilverwaltung hatte für keine Besatzungsmacht Priorität. Eine Entwicklung, die letztlich auch den Zusammenhalt zwischen und innerhalb der Stämme zersetzte. Zum Beispiel bei den Uqaidat, die sich zum Teil mit den SDF verbündeten, zum Teil aber auch gegen diese Kräfte auflehnten.

Unter der Herrschaft und Gewalt der Nusra-Front waren die Stämme völlig marginalisiert und ausgegrenzt. Etwas besser gestaltete sich ihre Situation unter dem IS, der sie lediglich zum Schweigen brachte, aber nicht bekämpfte, solange ihre traditionelle Autorität nicht die Sicherheitsinteressen und militärische Vorherrschaft der Islamisten herausforderte. Zwar versuchten die SDF, den Stämmen gegenüber respektvoll aufzutreten und sie an der Verwaltung zu beteiligen, doch zu einer wirklichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Kurden und Arabern kam es nie – am Ende entschied immer der syrische PKK-Ableger, die »Volksverteidigungseinheiten« (YPG).

Im kollektiven Gedächtnis der Stämme gilt daher die Zeit vor 2011 beinahe als goldene Ära. Sie genossen gesellschaftliche und staatliche Privilegien, darunter die Bevorzugung der Söhne der Scheichs bei der Besetzung von Regierungsämtern. Auch wenn keine Loyalitätsgarantie gegenüber Damaskus bestand, so handelte es sich doch um ein stillschweigendes Arrangement. Privilegien und Prestige als Gegenleistung für Rückendeckung, sollte irgendein Akteur die Regierung herausfordern.

Unter diesen Vorzeichen brachen im Spätsommer 2023 die Spannungen zwischen den arabischen Stämmen in Deir Al-Zur und den Kurden in offene Auseinandersetzung um. Die Unzufriedenheit hatte sich über Jahre aufgestaut und entzündete sich schließlich, als der zwielichtige Geschäftsmann Ahmed Al-Khubail am 27. August von kurdischen Sicherheitskräften verhaftet wurde.

Die Stämme witterten eine weitere Verschärfung der kurdischen Fremdherrschaft und griffen zu den Waffen – obwohl Al-Khubail auch unter ihnen als umstritten galt. Nach zwei Wochen wurde, vermutlich unter US-amerikanischer Vermittlung, ein Waffenstillstand ausgehandelt. Doch die Spannungen bleiben.

Dem raschen Aufstieg der FSA folgte ein ebenso schneller Niedergang

Dass es auch anders geht, zeigt sich im Osten Syriens. Zwischen den Städten Al-Busayra und Al-Baghuz steht das Land unter arabischer Verwaltung. Auch der IS konnte hier nicht Fuß fassen, Berichte über islamistische Schläferzellen kamen aus dem kleinen Gebiet so gut wie nie. Dem IS, der vor allem mit einzelnen, schnellen Überfällen auf kurdische Einrichtungen operiert, fehlte hier schlicht ein Ziel. Anschläge und Waffengewalt sind auch hier zu verzeichnen, aber die Sicherheitslage verbessert sich insgesamt.

Zwar führen die kurdischen Sicherheitskräfte immer wieder Operationen durch, um der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass sie der einzig verlässliche Partner im Kampf gegen den IS sind. Dabei beschränken sie sich jedoch auf die Verhaftung von Islamisten, die dem IS zugerechnet werden. Entsprechend hat der Uqaidat-Stamm seit den Gefechten im August mehrfach betont, dass man auf der Hut sei vor Islamisten, die versuchen, die eigenen Reihen zu unterlaufen.

Gerade die arabischen Stämme haben unter der Besatzung des IS massiv gelitten, und ein Erstarren der Islamisten kann kaum in ihrem Interesse sein. Nicht zuletzt, weil dies die kurdischen Sicherheitskräfte in Zusammenarbeit mit den USA zu einem erneuten Eingreifen zwingen würde.

Der IS existiert in seiner ursprünglichen Form nicht mehr, seine Anhänger werden in Deir Al-Zur wenn, dann aus dem Untergrund heraus aktiv. Von der Vorstellung einer territorialen Kontrolle oder davon, größere Teile Syriens direkt zu beherrschen, hat sich die Organisation verabschiedet. Deir Al-Zur ist für den IS auch nicht mehr das einfache Ziel, das es in den ersten Kriegsjahren war. Die Menschen dort haben ihre Erfahrungen

mit den Islamisten gemacht.

Doch spätestens mit dem neuen Konflikt seit Spätsommer 2023 wird deutlich, dass die Lage in Deir Al-Zur nach wie vor angespannt ist. Neue Ansätze sind gefragt. Auf die Scheichs der arabischen Stämme und mehr Selbstverwaltung zu setzen, wird nicht alle Probleme des Gouvernements lösen, aber es wäre ein wichtiger erster Schritt. Stammesälteste in Deir Al-Zur haben die internationale Koalition gebeten, sich bei deren SDF-Partnern für eine Autonomieregelung einzusetzen, auch um die Abwesenheit des IS eigenständig zu gewährleisten und so Sicherheitsverantwortung wahrzunehmen. Allerdings blieben Forderungen seitens der Koalition unbeantwortet. Der Eindruck einer andauernden Fremdbesatzung hängt damit weiter wie ein Schatten über Deir Al-Zur.

Abdullah Al-Ghadhawi ist Journalist und Analyst und schreibt unter anderem für das »New Lines Institute« und »Chatham House«.

Foto: Ali Ali

Die Hüter der Tells



Die Burg Najm in der Region Manbidsch geht auf das 7. Jahrhundert zurück – womöglich gar auf den Kalifen Uthman Ibn Affan (644–656).

Die Siedlungshügel im Nordosten Syriens sind Zeugen von Jahrtausenden Geschichte. Krieg und Klimawandel bedrohen dieses einzigartige Kulturerbe. Archäologen und Aktivisten vor Ort feiern dennoch Erfolge im Kleinen

VON KHABAT ABBAS

D

Das Thermometer klettert an diesem Sommertag auf schwüle 40,8 Grad Celsius. Die Passagiere, die an der Grenze warten, schwenken behelfsmäßige Ventilatoren um ihre verschwitzten und erschöpften Gesichter. 80 Kilometer entfernt hatten sich die Menschen vor 5.500 Jahren in Tel Hamoukar an diese Hitzewellen angepasst, indem sie das erfanden, was heute als die älteste Klimaanlage der Geschichte bekannt ist: Ein System aus Gebäuden mit parallelen Doppelwänden, die durch einen Abstand von nicht mehr als 15 Zentimetern voneinander getrennt waren, so dass die einzelnen Abschnitte des Komplexes durch die Frischluft gekühlt werden konnten.

Auf der Weiterfahrt kommen wir an Städten und Ortschaften vorbei, die mit Hunderten von Dörfern verbunden sind, die im Horizont der Weizenfelder aufgehen. Die goldenen Spitzen kontrastieren mit dunkelbraunen Lehmziegelhäusern und Siedlungshügeln, die in der Archäologie als Tells bezeichnet werden, abgeleitet vom arabischen Wort für Hügel. Diese Tells bestehen aus angesammeltem und geschichtetem Schutt – Besiedlungsschichten unzähliger Generationen. Einige dieser Tells in Nordsyrien haben vor allem europäische Archäologen in den letzten drei Jahrhunderten ausgegraben. Viele dieser Stätten sind Zeugen von Imperien und Zivilisationen, von den Sumerern und Assyrern bis zu den Römern und Osmanen.

Obwohl diese Stätten so viele Bedrohungen überstanden haben, die so alt sind wie die Zeit selbst, darunter Grabräuber oder auch die Zerstörung durch Kriege, sehen sie sich nun einer neuen Gefahr gegenüber: den Auswirkungen des Klimawandels – und die fallen infolge des anhaltenden Konflikts noch verheerender aus. Die kurdisch dominierten »Demokratischen Kräfte Syriens« (SDF), das syrische Regime sowie von der Türkei unterstützte Milizen ringen im Nordosten Syriens um die Macht.

»Diese in Lehmbauweise errichtete Stätte bedarf dringend einer Instandhaltung und Restaurierung«, sagt Montaser Qasim über Sukur Al-Uhaymar, eine dieser Tell-Siedlungen, deren Besiedlung bis ins siebte Jahrtausend v. Chr. zurückreicht.

Der Archäologe leitet seit 2017 die Altertumsverwaltung in der Region Jazira der Autonomen Verwaltung Nordostsyriens, auch bekannt unter der Eigenbezeichnung Rojava. Qasim setzt sich seit Beginn des Konflikts in Syrien im

Jahr 2011 für den Schutz von Altertümern vor Schmuggel, Plünderung und Sachbeschädigung ein.

Die durch den Klimawandel verursachten extremen Witterungsbedingungen haben viele archäologische Stätten in der Gegend in Mitleidenschaft gezogen, insbesondere an Flussumfern gelegene. Die Mischung aus Überschwemmungen und sinkenden Pegeln haben dazu geführt, dass die Schichten in Trockenzeiten teilweise eingestürzt sind. Der Wassermangel ist nicht nur auf Dürre zurückzuführen, sondern auch Ergebnis der Drosselung von Euphrat und Tigris durch die Staudämme in der benachbarten Türkei. Einerseits haben die sinkenden Flusspegel mitunter antike architektonische Strukturen wie Mauern, Höfe und Töpferwaren freigelegt. »Andererseits sind Stätten wie Tell Taban, das wie eine Art Damm in der Mitte des Flusses Khabur in Hasakah liegt, aufgrund der Trockenheit der Erosion ausgesetzt, was zum Einsturz der architektonischen Strukturen führt«, erklärte Archäologe Qasim.

Nach Angaben der staatlichen Generaldirektion für Altertümer und Museen sind im Nordosten Syriens 1.500 archäologische Stätten registriert, darunter über 1.400 im Gouvernement Hasakah.

Allerdings ist nur ein verschwindend geringer Teil davon eingehend untersucht worden. Zu den insgesamt elf offiziellen Grabungsstätten gehört Tell Fekheriye, in dem einige Altertumsforscher die Hauptstadt des bronzezeitlichen Mitanni-Reichs vermuten.

Doch die zweifellos berühmteste Grabungsstätte ist diejenige am Tell Halaf, die der deutsche Diplomat und Archäologe Max von Oppenheim 1899 leitete.

Viele von Oppenheims Funden aus den Expeditionen 1911–13 und

1927–29 gelangten nach Berlin und wurden 1931 im privaten Tell-Halaf-Museum ausgestellt. Nach der Zerstörung des Museums an der Berliner Franklinstraße dauerte es Jahrzehnte, bis die Skulpturen und Reliefplatten wiederentdeckt, restauriert und schließlich im Pergamonmuseum ausgestellt wurden.

In den letzten 7.000 Jahren hat die Region des »Fruchtbaren Halbmonds« erhebliche klimatische Veränderungen durchlaufen. Steigende Temperaturen und veränderte Niederschlagsmuster in den vergangenen Jahren sind jedoch in erster Linie auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen – mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft in der Region.

Während es einst Oppenheim gelang, einige Artefakte des Tell Halaf zu retten, sind andere Stätten durch den anhaltenden Krieg und den Klimawandel nun vom teilweisen oder vollständigen Zerfall bedroht.

Am 6. Februar 2023 erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7,8 die Region. Obwohl das Epizentrum in der Südtürkei lag, waren auch archäologische Stätten im Norden Syriens

Der Wassermangel ist nicht nur auf Dürre zurückzuführen, sondern auch Ergebnis der Drosselung von Euphrat und Tigris



Die NGO Ru'ya hat vollständig und teilweise zerstörte Artefakte des Archäologischen Museums von Raqqa wieder instandgesetzt.

betroffen. So auch die Burg Najm in der Region Manbidsch am Euphrat. Die imposante Festung geht auf das 7. Jahrhundert zurück – womöglich gar auf den Kalifen Uthman Ibn Affan (644–656). Die meisten Bauten stammen aber aus dem Mittelalter. Der seldschukische General Nur Al-Din Zengi (1118–1174), der dem ersten Kreuzfahrerstaat, der Grafschaft von Edessa, ein Ende bereitere, ließ die Burg restaurieren.

Die strukturelle Integrität der Festung mit ihrem Bäderkomplex aus vier Flügeln und einer Moschee mit Außenarkade war bereits in den vergangenen Jahren durch Starkregen geschwächt worden. Das Erdbeben hat die Anlage weiter beschädigt: Wände, Böden und Decken sowie große Teile der Außenmauern der Burg brachen vollständig ab.

Die Burg Sukkara in den Abdul-Aziz-Bergen etwa 20 Kilometer südwestlich von Hasakah stammt ebenso aus der Zengiden-Zeit. Die Ruinen waren zwar schon zuvor wesentlich stärker erodiert als die Festung Najm, daher haben die verbliebenen Türme das Erdbeben nicht überstanden.

Da die Antikenbehörde der Autonomieverwaltung nur über wenige Experten und Ressourcen verfügt, beschränkt sich ihre Arbeit auf Sofortmaßnahmen, wie die Reparatur von Rissen in Burgtürmen und den Schutz akut einsturzgefährdeter Anlagen vor Starkregen und sengender Sommerhitze.

»Es ist schwierig, sich ein umfassendes Bild über den Zustand aller Stätten zu machen«, beklagt Montaser Al-Qasim. Denn viele der dafür notwendigen Daten sind bei der

staatlichen Antikenbehörde in Damaskus gespeichert – und die steht unter Kontrolle des Assad-Regimes. Das erschwert es, die Auswirkungen des Klimawandels auf archäologische Stätten über einen längeren Zeitraum zu analysieren und auszuwerten.

Lokale Initiativen versuchen, gemeinsam mit internationalen Organisationen einige der Kulturerbestätten zu bewahren. So etwa Tell Baydar, das seine Blütezeit etwa 2.500 v. Chr. erlebte. Seit 2021 bemüht sich ein Projekt der Schweizer NGO »Fight for Humanity« darum, die empfindlichen Lehmwände des Siedlungshügels 20 Kilometer nördlich von Hasakah vor weiterem Schaden durch Starkregen zu schützen.

Weiter westlich der Jazira widmet sich eine lokale NGO dem Erhalt der Altertümer in Raqqa – der syrischen Hauptstadt des sogenannten Islamischen Staats (IS). »Ru'ya« (zu Deutsch »Vision«) wurde nach der Befreiung der Stadt im Jahr 2017 gegründet.

Die Organisation arbeitete zunächst daran, vollständig und teilweise zerstörte Teile des Archäologischen Museums von Raqqa wieder instand zu setzen. Dabei archivierte sie 1.090 Artefakte – und setzte 3D-Drucker ein, um fehlende Stücke zu rekonstruieren.

Auch die Wartungsarbeiten an der Zitadelle von Raqqa, beschädigt durch Raubgrabungen der IS-Terroristen ebenso wie die Folgen von Artilleriebeschuss, schreiten voran. Sorgen bereitet dagegen der Zustand der historischen Stadtmauer, die teils auf die Gründung in abbasidischer Zeit zurückgeht. Auch hier hat unter anderem Starkregen dazu geführt, dass sich Ziegelsteine von den Mauern lösen und ganze Abschnitte einzustürzen drohen.

»Ru'ya« hat ein Programm zum präventiven Erhalt des materiellen und immateriellen Erbes aufgelegt, das ein elektronisches Archivierungsprogramm verwendet – speziell für die Bewahrung archäologischer Funde entwickelt. Die Artefakte werden in Boxen mit detaillierten Beschreibungen aufbewahrt. Verzeichnet sind dort unter anderem die Art des Artefakts, der Fundort, der historische Zeitraum sowie der Restaurierungsbedarf. Diese Informationen werden sowohl auf Arabisch als auch auf Englisch vermerkt und mit Fotos als Referenz versehen.

Der Einsatz der 3D-Drucktechnologie ermöglichte etwa die Herstellung dreidimensionaler Modelle für 50 geplünderte Artefakte aus Raqqa. Im nächsten Schritt werden diese Modelle mit Hilfe spezieller Materialien eingefärbt, damit sie optisch den Originalen entsprechen.

Trotz solcher Teilerfolge bleibt die Bewahrung des materiellen und immateriellen Kulturerbes in diesem Teil Syriens ein langfristiges Unterfangen, das oft von der sporadischen Finanzierung durch auswärtige Geber abhängt, während die Organisationen vor Ort nur über begrenzte Ressourcen, dafür aber über beträchtliches Fachwissen verfügen.

Khabat Abbas lebt und arbeitet im Nordosten Syriens. Die freie Journalistin berichtet vor allem über die Folgen von Krieg und Klimawandel für das kulturelle Erbe der Region Jazira.

Foto: Ru'ya

Weiter geht es in Suweida

Die Protestwelle im Süden Syriens stellt das Assad-Regime vor ein Dilemma: Denn als Schutzmacht der Minderheiten kann es sich nicht mehr inszenieren

VON JIHAD YAZIGI



Friedlicher Protest der drusischen Bevölkerung in Suweida gegen Syriens Regierung

Foto: Suwayda24

Seit Mitte August demonstrieren die Menschen in der südsyrischen Provinz Suweida regelmäßig gegen das Assad-Regime. In vielerlei Hinsicht ähneln die Ereignisse den Protesten, die im März 2011 ausbrachen und die Revolution auslösten. Auch heute fordern die Demonstranten den Rücktritt der Regierung in Damaskus und grundlegende politische Reformen. Die Proteste sind gut organisiert, friedlich und haben mitunter Volksfestcharakter. Es wird gesungen und getanzt, die Forderungen auf den Transparenten sind oft sarkastisch und humorvoll formuliert.

Andererseits unterscheiden sich die Proteste deutlich von jenem vor über einem Jahrzehnt. Sie spiegeln vor allem die drängenden Probleme der Gegenwart wider. So bringen viele der Plakate die Forderung nach einer Lösung der sozioökonomischen Krise zum Ausdruck, die das syrische Volk zwölf Jahre nach Beginn der Revolution in teils tiefe Armut gestürzt hat. Andere Transparente fordern den Rückzug der iranischen Truppen oder die Umsetzung der UN-Resolution 2254, also einen Verhandlungsfrieden für Syrien.

Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch darin, dass die neuen Proteste einen klar benannten Anführer haben:

Hikmat Al-Hajari, einer der drei spirituellen Führer der drusischen Gemeinschaft. Hamoud Al-Hennawi steht ihm nahe, während die Rolle von Youssef Jarbou weniger klar ist. Der Mangel an allgemein anerkannten und akzeptierten Führern war eine der größten Schwächen des Aufstands, der 2011 als friedliche Protestbewegung begann und sich erst im Laufe der Jahre und mit zunehmender Brutalität des Regimes zu einem bewaffneten Konflikt entwickelte.

Die Proteste in Suweida werden von zivilgesellschaftlichen Gruppen getragen, von denen viele bereits 2011 aktiv waren. Hinzu kommen Anhänger der Opposition und viele junge Männer und Frauen, die sich zum ersten Mal in ihrem Leben politisch engagieren. Die hohe Beteiligung von Syrerinnen ist dabei besonders hervorzuheben, noch mehr als es bereits 2011 der Fall war. Epizentren des zivilen Widerstands sind einerseits der zentrale Platz in der Stadt Suweida, auf dem die Demonstrationen stattfinden, andererseits das Anwesen von Hikmat Al-Hajari, der die Proteste anführt.

In Al-Hajaris Haus treffen regelmäßig Delegationen ein, um ihre Unterstützung für die Proteste zu bekunden oder politische Entwicklungen zu besprechen. Unter den Besuchern finden sich auch die Anführer vieler bewaffneter Gruppen, die sich in den letzten Jahren in der Provinz geformt haben. Wen diese Milizen letztlich unterstützen, ist schwer zu sagen. Vor Beginn der Demonstrationen hatten sich nur wenige offen gegen das Regime gestellt, doch mit

Beginn der Proteste wird deutlich, dass für viele die Solidarität unter den Drusen oberste Priorität hat.

Das syrische Regime hat bisher, abgesehen von einigen allgemeinen Warnungen vor den Gefahren der Unruhen, kaum reagiert. Das Ausbleiben einer direkten Reaktion, etwa einer blutigen Niederschlagung der Proteste, hat Beobachter überrascht. Ein Grund dafür könnten logistische Schwierigkeiten sein, aber auch die Tatsache, dass die Bevölkerung, wie in vielen Teilen Syriens, mitunter schwer bewaffnet ist und große Solidarität unter den Demonstranten herrscht. Umstände, die den Preis für ein militärisches Eingreifen in die Höhe treiben.

Theoretisch könnte das Regime aber auch auf andere Mittel zurückgreifen. Zum Beispiel Einschränkungen in der Versorgung mit Strom, Öl oder Mehl. In dieser Hinsicht ist Suweida in der Tat weitgehend von Damaskus und anderen Provinzen abhängig. Problematisch für die Regierung ist wiederum, dass sie Suweida ohnehin nur mit wenigen dieser Güter beliefert. Entsprechend gering wäre der Effekt, wenn sie die Lieferungen ganz einstellen würde. Schon heute sind Strom, Benzin und andere Erdölprodukte rationiert.

Die am weitesten verbreitete Erklärung dafür, dass das Regime nicht mit Gewalt gegen die Proteste vorgeht, ist die Tatsache, dass hier Drusen und nicht Sunniten demonstrieren. Nur Suweida weist eine drusische Bevölkerungsmehrheit und gleichzeitig nur wenige Sunniten auf – in den beiden Küstenprovinzen Latakia und Tartus sind die Alawiten in der Mehrheit, aber die sunnitische Bevölkerung stellt dafür einen erheblichen Bevölkerungsanteil. Da sich das syrische Regime immer wieder als Schutzmacht der Minderheiten präsentiert, dürfte es Damaskus schwerfallen, überzeugende Gründe für die Niederschlagung der Demonstranten in Suweida zu finden.

Die Zentralregierung ist jedoch weiterhin in der Provinz aktiv. Obwohl die lokalen Büros der Baath-Partei geschlossen sind, arbeiten einige staatliche Institutionen in Suweida weiter, Beamte werden bezahlt und Soldaten sind vor Ort, obwohl sie offensichtlich strikte Anweisung haben, sich nicht einzumischen. Dieses Vorgehen des Regimes folgt einem Muster, das auch anderen von der Opposition gehaltenen Gebieten zu beobachten ist: Gehälter werden weitergezahlt, um die Beamten in Abhängigkeit zu halten. Zuletzt aber scheute das Regime auch nicht vor kaum verhohlenen Drohungen zurück. Als Reaktion auf die Forderung der Demonstranten, Iran solle sich aus Syrien zurückziehen, verbreiteten Hizbullah-nahe Medien Bilder aus dem Jahr 2018, als der sogenannte Islamische Staat (IS) in Suweida Hunderte Menschen ermordete.

Abgesehen von einigen Anrufen westlicher Diplomaten und Politiker hat Al-Hajari bisher keine nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Es mehren sich jedoch Spekulationen, dass Suweida aufgrund seiner geogra-

fischen Nähe zu Jordanien mit Hilfe Ammans eine autonome Selbstverwaltung aufbauen könnte – vergleichbar mit den kurdisch kontrollierten Gebieten im Nordosten oder den der Türkei nahestehenden Gruppen im Nordwesten Syriens. Da aber konkrete Hinweise auf eine solche Unterstützung fehlen, bleibt es hier bei Spekulationen.

Die Proteste werden, solange sie sich auf die Provinz Suweida beschränken, also im wahrsten Sinne des Wortes eine geografische und politische Randregion, keine wirklichen politischen Konsequenzen nach sich ziehen. Für das Regime geht es daher darum, vergleichbare Proteste in anderen Landesteilen zu verhindern. Dies gilt insbesondere für die Küstenregionen und Damaskus, wo die meisten regierungstreuen Syrer leben, die die Basis seiner Macht stellen. Bislang ist dies dem Regime auch dadurch gelungen, dass es in allen wichtigen Städten Sicherheitskräfte in großer Zahl auf die Straßen geschickt hat.

Eine sechstägige Auslandsreise von Präsident Baschar Al-Assad nach China im September sowie die Tatsache, dass die Proteste in den staatlichen Medien nicht auftauchen, deuten darauf hin, dass das Regime von den Demonstrationen in Suweida bislang unbeeindruckt bleibt.

Baschar Al-Assads Zukunft ist ohnehin an Teheran und Moskau gebunden. Da der Konflikt in Syrien so viele internationale Implikationen hat, hängt das Überleben des Regimes von dieser Unterstützung ab. Selbst Kritiker innerhalb der syrischen Elite, die in Assads Person ein Hindernis für eine Befriedung des Landes sehen, werden nichts unternehmen, solange Syrien sich der

Unterstützung seiner Verbündeten im Ausland sicher ist. Die zunehmende Zahl von Treffen zwischen westlichen Diplomaten und syrischen Offiziellen nach mehr als einem Jahrzehnt der Isolation dürfte das Regime in dieser Hinsicht noch selbstbewusster machen.

Mit Hikmat Al-Hajari haben die Demonstranten in Suweida einen Anführer, der sie angemessen repräsentiert und für sie spricht. Gleichzeitig verhindert die Tatsache, dass er ein Geistlicher ist, eine Ausweitung der Proteste auf andere Landesteile, in denen kaum Drusen leben. Alawiten etwa würden Al-Hajari kaum als Anführer akzeptieren.

So zeigen die Demonstrationen, was jeder Syrien-Kenner ohnehin wusste: Das Land ist völlig zerrüttet, und solange das Regime fest im Sattel sitzt, wird es weder politische noch wirtschaftliche Reformen geben. Daran ändert auch keine Annäherung der arabischen Staaten, kein Geld aus Iran und kein Besuch ausländischer Politiker etwas. Und auch inwiefern die neue Protestwelle die grundlegenden Spielregeln des Konflikts neu schreiben können, muss bezweifelt werden.

Jihad Yazigi ist Gründer und Chefredakteur des Fachportals *The Syria Report*.

Ein wesentlicher Unterschied zu 2011: Die neuen Proteste haben einen klar benannten Anführer

EINE PILLE, SIE ZU KNECHTEN

M

ehr als tausend Lastwagen stehen in der prallen Sonne am syrisch-jordanischen Grenzübergang Nassib. Der Wind wirbelt Sand auf, Händler sitzen auf Klappstühlen vor ihren Lastwagen und warten darauf, von den Zöllnern nach Jordanien durchgewunken zu werden. Der Weg vieler Fahrer führt weiter nach Al-Haditha in Saudi-Arabien. Doch die Jordanier legen mit ihren Kontrollen den Grenzverkehr lahm. Zehn Tage warten die Lkw. Trotz Kühlaggregaten schmort die Fracht: Tomaten, Wassermelonen und Blumenkohl. Nach zermürbenden Tagen kehren viele Fahrer um. Sie haben Angst, dass ihre Ladung verdirbt.

Der Grund für den Stau liegt in der saudischen Hauptstadt Riad. Vordergründig geht es um strengere Sicherheitsvorschriften für Fahrzeuge, die ins Land kommen – sie dürfen jetzt zum Beispiel nicht älter als 20 Jahre sein. Tatsächlich zielen die Maßnahmen auf den Schmuggel von Captagon. Denn weil die wenigsten Lastwagen aus Syrien den neuen Vorschriften entsprechen, dürfen sie nicht mehr einreisen und können, so die Logik, auch keine Drogen mehr nach Saudi-Arabien schmuggeln. Gemeinsam mit Jordanien

fährt das saudische Königshaus also schwere Geschütze auf im Kampf gegen die Pillen.

Die Droge ist ebenso beliebt wie geächtet. Captagon, auch bekannt als »Abu Hilalain – Vater der Halbmonde«, wird mittlerweile überall in der Region konsumiert. Ob Bauarbeiter in Jordanien, Studentinnen in Saudi-Arabien oder Söldner in Syrien. Ihnen allen hilft Captagon durch den Alltag. Und so ist längst ein Drogenkrieg entbrannt: Luftwaffe gegen Drogenbarone, Zöllner gegen Schmuggler, Drohne gegen Drohne. Die jordanisch-syrische Grenze ist einer der Dreh- und Angelpunkte dieses Katz-und-Maus-Spiels.

Im internationalen Drogenhandel spielte Captagon lange Zeit keine Rolle. In den 1960er-Jahren von der deutschen Degussa als Medikament entwickelt, wurden die Tabletten bereits ab den 1980er-Jahren verboten. Sie halfen zwar gegen ADHS, machten aber auch süchtig. In den folgenden Jahren wurden die Pillen unter dem bekanntesten Markennamen Captagon im Untergrund weiter produziert, vor allem in Bulgarien und der Türkei. Als die Behörden auch dort durchgriffen, verlor sich die Spur der Tabletten, bis sie im syrischen Bürgerkrieg wieder auftauchten.

In den Kriegswirren seit 2011 ist die syrische Wirtschaft zusammengebrochen. Das Regime um Präsident Baschar Al-Assad suchte damals dringend nach neuen Einnahmequellen, um den Krieg und den eigenen Machterhalt zu finanzieren. Schon früh setzte Assad auf ein Geschäft, in dem sich sein Machtzirkel bestens auskennt: die Produktion und den Verkauf von Drogen. Wie im benachbarten Libanon spülte auch in Syrien der Anbau von Opium lange Zeit viel

Die Folgen des florierenden Captagon-Geschäfts sind überall in der Region sichtbar, doch kaum so deutlich wie im syrisch-jordanischen Grenzgebiet. Dort entscheidet sich, ob Assads Gelddruckmaschine weiter nahezu ungestört laufen kann

VON PASCAL BERNHARD

Foto: Saudi Press Agency



Im Jahr 2022 wurden in der gesamten Region rund 370 Millionen Captagon-Tabletten beschlagnahmt.

Geld in die Kassen. Die Produktion auf den Plantagen in der Bekaa-Hochebene im Osten des Libanon, der sogenannten Obst- und Gemüsekammer des Landes, brachte 1992 nach Angaben einer Expertenkommission des US-Repräsentantenhauses bis zu einer Milliarde US-Dollar ein.

Zwischen der Bekaa und der syrischen Hauptstadt Damaskus entstand in diesen Jahren ein Netzwerk, das das Regime seit Beginn des Krieges 2011 reaktiviert hat. Syrische Geheimdienstler und Militärs schützen Drogenbanden, Produktionsstätten und Transportwege und werden dafür am Gewinn beteiligt – während die Regierung öffentlich jede Verbindung zu den Kriminellen abstreitet. Aus kleinen Labors in den Kellern von Wohnhäusern sind so ganze Industrieanlagen erwachsen – geschützt von Söldnern, privaten Sicherheitsfirmen, der syrischen Armee und Luftwaffe.

Die vierte Division der syrischen Streitkräfte bildet laut Medienberichten und Einschätzung westlicher und arabischer Geheimdienste gewissermaßen das Rückgrat des Captagon-Handels in Syrien. Unter dem De-Facto-Kommando von Assads jüngerem Bruder Maher ermöglichen die Soldaten die Nutzung von Transportwegen, die sonst dem Militär vorbehalten sind, etwa am Mittelmeerhafen Latakia. Aber auch im eigenen Land wächst seit 2011 die Nachfrage. Der Amphetamin-Cocktail, der längst nicht mehr den Wirkstoff des namensgebenden Medikaments aus den 1960er-Jahren enthält, soll gegen Depressionen und Langeweile helfen. Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates (IS), der syrischen Armee, der Demokratischen Kräfte Syriens, der Freien Syrischen Armee oder der Miliz Hayat Tahrir Al-Scham

nehmen Captagon, weil es ihr blutiges Handwerk erträglich macht.

Dass das syrische Regime die Drogenproduktion in den letzten Jahren hochgefahren hat, ist mittlerweile gut dokumentiert. So zeigen Satellitenbilder Labore in vom Regime kontrollierten Gebieten. Auch die Zahlen zeichnen ein eindeutiges Bild: Laut dem aktuellen Jahresbericht der UN-Behörde für Drogen- und Verbrechensbekämpfung wurden im Jahr 2021 rund 85 Tonnen Amphetamine in der Region beschlagnahmt. Zehn Jahre zuvor waren es noch 20 Tonnen. Besonders die Statistik in Jordanien fällt ins Auge: 2011 entdeckten die Behörden dort 3,5 Tonnen an Amphetaminen, fünf Jahre später waren es bereits 13,5 Tonnen – also die vierfache Menge. Der amerikanische Think Tank »New Lines Institute« schätzt, dass 2022 in der gesamten Region rund 370 Millionen Captagon-Tabletten beschlagnahmt wurden.

Die Höhe der Einnahmen ist hingegen schwer abzuschätzen. Der Preis pro Tablette schwankt stark zwischen 0,5 und 15 US-Dollar, je nach Qualität der Inhaltsstoffe und Länge des Transportweges. Fest steht, dass die Sicherheitsbehörden in der Region jährlich Captagon mit einem Straßenverkaufswert in Milliardenhöhe beschlagnahmen. Die Dunkelziffer liegt naturgemäß höher. Caroline Rose, Forschungsleiterin am »New Lines Institute«, hält es für unmöglich, genau zu errechnen, wie viel Captagon tatsächlich im Umlauf ist. Die Schmuggelrouten sind vielfältig und erstrecken sich über das gesamte Mittelmeer und den Suezkanal. Gut dokumentiert ist hingegen, wo sich die größten Absatzmärkte befinden: in Jordanien und den Golfstaaten.

Bei Deraa, der Hochburg des Widerstands zu Beginn der Revolution, beginnt die Grenze zwischen Jordanien und Syrien. Sie zieht sich über 362 Kilometer und ist damit die längste, die das Haschemitische Königreich mit einem Nachbarland teilt. Seit 2018 kontrollieren Assad-treue Soldaten wieder die syrischen Provinzen entlang dieses Streifens. Gefechte mit einzelnen Milizen gingen jedoch weiter, bis sich 2021 nach heftigen Kämpfen in der Kleinstadt Yadou da nahe der jordanischen Grenze Damaskus und die Oppositionskräfte auf ein Abkommen einigten. Wer sich dem Geheimdienst stellt und seine Waffen abgibt, erhält im Gegenzug einen Personalausweis und kann sich frei bewegen. Nach einem halben Jahr müssen die ehemaligen Kämpfer der syrischen Armee beitreten.

Deraa steht sinnbildlich für den Süden Syriens: Wer nicht getötet wurde, ist entweder nach Idlib geflohen oder zum Regime übergelaufen, dem Assad-Regime gegenüber loyale Beduinen aus dem Osten des Landes wurden an die jordanische Grenze umgesiedelt und mit Waffen und Hoheitsrechten ausgestattet. Iranische Militärbasen durchziehen die Region: Deportation und Zwangsumsiedlung, Flucht und die ständige Präsenz iranisch-russischer Patrouillen haben den Süden Syriens in einen Flickenteppich verwandelt. Hier entscheiden die Waffen darüber, wer das Sagen hat.

Der Drogenhandel blüht in der Region. Mit einer Strategie aus Zermürbung, Kooptation und finanziellen Anreizen hat Damaskus die Opposition untergraben, der nach der Kapitulation eine Beteiligung am Einkommen aus dem Drogenhandel in Aussicht gestellt wurde. Laut Caroline Rose wurden hier auch aus strategischen Gründen Warenhäuser zu Captagon-Lagern umfunktioniert, um eine verstärkte Sicherheitspräsenz nahe der jordanischen Grenze rechtfertigen zu können.

»Oh Baschar, du Lügner. Verdammst seien du und deine Worte. Die Freiheit steht vor der Tür, verpiss dich.« So schallt es im Spätsommer 2023 durch die Straßen von Suweida. Grün-rot-gelb-blau-weiß weht die Fahne der Drusen über den Demonstranten, die kleine Religionsgemeinschaft stellt hier die Mehrheit. Vor dem Krieg lebten rund 700.000 Drusen in Syrien, davon 400.000 in Suweida, schätzt der französische Geograf Fabrice Balanche von der Universität Lyon II. Anstelle der syrischen Armee sorgten drusische Milizen im Auftrag von Damaskus für die Sicherheit der Provinz. Eine Liebesheirat war diese Zusammenarbeit jedoch nie.

Ein Großteil der Drusen schloss sich anfangs den Protesten an, nur wenige hielten dem Regime die Treue. Dann stellten Dschihadisten, allen voran die Jabhat Al-Nusra, in den ersten Kriegsjahren das drusische Kalkül auf den Kopf. In der Überzeugung, die Drusen seien regimetreue Ungläubige, verwüstete die Miliz im August 2013 das gebirgige Kernland der Gemeinschaft, den *Jabal Al-Duruz*.

Heute ist die Gemeinschaft gespalten in Fraktionen, die das Assad-Regime als einzig glaubwürdigen Sicherheitsgaranten erachten, in solche, die in einer neutra-

len Haltung die besten Überlebenschancen sehen, und schließlich in Regimegegner, die die drusische Gemeinschaft für stark genug halten, um eigenständig zu agieren. Die Einheit der Drusen ist jedenfalls zerbrochen, und so haben die Menschen in Suweida heute nur die Wahl, sich von iranischen Milizen anheuern zu lassen und in den Captagon-Handel einzusteigen – oder auf der Straße zu leben.

Jordanien auf der anderen Seite der Grenze hat indes die Geduld mit dem Regime in Damaskus verloren. Verhandlungen über eine Eindämmung des Captagon-Handels gelten in Amman als wenig zielführend. Amer Al-Sabaileh, Professor für Wirtschafts- und Politikwissenschaft an der Universität von Jordanien, erkennt in dem Konflikt ein Muster: »Schafe, Tabak und Waren des täglichen Bedarfs wurden schon immer nach Jordanien geschmuggelt, deshalb ist die Grenze von Zäunen durchzogen«. Mit der Zunahme des Captagon-Schmuggels sei die Lage aber eskaliert. Kaum eine Woche vergeht, in der die jordanische Grenzpolizei nicht auf Lieferdrohnen oder Schmuggler im Niemandsland schießt.

Doch vor allem im flachen Ostteil des Grenzstreifens finden die Drogenkuriere immer wieder Schlupflöcher. Und das, obwohl die Freie Syrische Armee gemeinsam mit den USA den Stützpunkt Tanf betreibt und von dort aus nach eigenen Angaben ebenfalls versucht, den Drogenschmuggel einzudämmen. Doch selbst hier gelingt es Schmugglern, die Grenze mit Lastwagen zu überqueren. Die Sicherheitskräfte auf beiden Seiten sind offensichtlich überfordert. Ein Grund mehr für Jordanien, das Gespräch mit Damaskus zu suchen.

Seit der Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga verfügt Jordanien über direkte Kanäle zum Regime – und hat sogar ein syrisch-jordanisches Komitee zur gemeinsamen Drogenbekämpfung gegründet. Politologe Amer Al-Sabaileh erkennt darin eine Doppelstrategie Jordaniens. »Die direkte Kommunikation mit Damaskus hält das Regime nicht davon ab, Sicherheitsoperationen auf syrischem Boden durchzuführen.« Die bisherige Bilanz der Verhandlungen fällt jedenfalls enttäuschend aus: Wie der jordanische Außenminister Ayman Safadi auf einer Konferenz in Saudi-Arabien Ende September feststellte, nimmt der Drogenschmuggel sogar an Fahrt auf.

Die Verhandlungen mit Syrien hat die Arabische Liga im Herbst 2023 ausgesetzt. Ernüchtert erklärte Jordaniens König Abdullah II. auf dem »Middle East Global Summit« in New York am Rande der UN-Generalversammlung: »Ich weiß nicht, wie sehr Baschar Al-Assad die Situation unter Kontrolle hat.« Doch warum die Nachfrage nach Captagon im Haschemitischen Königreich weiter steigt, darüber spricht kein Offizieller gern.

Al-Sabaileh glaubt, dass vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit ein Grund dafür ist. Die Perspektivlosigkeit vieler jungen Jordanier habe das Land zu einem Drogenmarkt gemacht – und trägt so dazu bei, dass Assad-Regime finanziell über Wasser zu halten.

Die Droge ist ebenso beliebt wie geächtet und wird mittlerweile überall in der Region konsumiert

Foto: Boaz Yoffe / boazyoffe.com



Die jordanisch-syrische Grenze ist einer der Dreh- und Angelpunkte des Katz-und-Maus-Spiels im Drogenkrieg.

Zwei Monate war Ruham Hawash in der Abteilung 251 des Al-Khatib-Gefängnisses in Damaskus inhaftiert. Als 2019 das Oberverwaltungsgericht Koblenz dessen Leiter anklagt, gehört sie zu den Nebenklägern. Wie bewertet sie die Bedeutung des Prozesses heute?

»Wir finden in der Welt Gehör«

INTERVIEW: FRIDA NSONDE

zenith: Mit welchem Gefühl schlossen Sie sich den Protesten an, als Anfang 2011 der Arabische Frühling auch Syrien erreichte?

Ruham Hawash: Natürlich hat uns die Hoffnung auf Demokratie und Freiheit getragen. Wir hofften, dass es in Syrien so kommt wie in Ägypten oder Tunesien und das Regime fällt. Damals dachten wir, es sei nur eine Frage von Wochen. Der Gedanke daran schmerzt noch heute.

Ein Jahr später wurde bei einer Straßenkontrolle Ihr Ausweis konfisziert. Sie wurden festgenommen und saßen zwei Monate in Haft. Was geschah genau?

Mein Auto wurde außerhalb von Damaskus an einem Checkpoint angehalten. Die Geheimdienstmitarbeiter nahmen mir einige Gegenstände und meinen Ausweis ab. Man sagte mir, ich müsse mich in der Zentrale des Geheimdienstes in Damaskus melden, um meine Papiere zurückzubekommen. Zunächst versuchte ich unterzutauchen. Aber das war unrealistisch, in Damaskus gab es einfach zu viele Checkpoints, und man hätte mindestens zehnmal am Tag den Ausweis vorzeigen müssen. Ich konnte mich also kaum frei bewegen. Schließlich habe ich mich beim Hauptquartier gemeldet und wurde verhaftet.

Sie kamen schließlich auf freien Fuß, Ende 2012 gelangten Sie nach Deutschland und erhielten hier politisches Asyl. Wie wurden Sie dann Nebenklägerin bei dem Prozess in Koblenz?

Schon 2017 habe ich mit Freunden versucht, Zeugen zu motivieren, gegen den Angeklagten Anwar R. auszusagen. Ich selbst wollte das nicht. Damals ging es noch nicht um einen Prozess, sondern nur darum, Zeugenaussagen zu sammeln, falls es irgendwann zu einer offiziellen Anklage kommen sollte. Als ich 2019 mitbekam, dass tatsächlich Anklage erhoben worden war, wurde mir klar, dass es ernst wird. Ich entschied mich, als Nebenklägerin aufzutreten, weil ich mir das zutraute und von meinem Recht Gebrauch machen wollte. Außerdem waren nur wenige Frauen als Nebenklägerin-

nen beteiligt, und ich wollte mit meiner Aussage Themen wie sexuellen Missbrauch sichtbarer machen.

Von dieser Entscheidung bis zum Urteil im Januar 2022 war es ein langer Weg. Haben Sie jemals bereut, sich in den Prozess eingebracht zu haben?

Ich würde nicht von Reue sprechen. Natürlich war der Prozess sehr anstrengend und belastend. Vor allem wieder mit der eigenen Vergangenheit konfrontiert zu werden, nachdem man die letzten zehn, zwölf Jahre versucht hat, all diese Gedanken und Erinnerungen zu verdrängen.

Angeklagt waren mit Anwar Raslan und Eyad Al-Gharib. zwei Personen, die nicht mehr aktiv Teil des Systems waren. Das Regime war und ist aber noch an der Macht. Hat der Gerichtsprozess dennoch etwas erreicht?

Er hat weder für ganz Syrien noch für alle Gefangenen Gerechtigkeit gebracht. Aber das Urteil hat eine wichtige Grundlage geschaffen: Ein unabhängiges europäisches Gericht hat festgestellt, dass das Assad-Regime systematisch Folter gegen die Zivilgesellschaft einsetzt, um Widerstand zu unterdrücken. Künftige

Prozesse können darauf aufbauen. Die Verhandlungen haben vielen Syrern in Deutschland gezeigt, dass wir in der Welt Gehör finden. Denn in den letzten Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, dass, wenn es um Syrien geht, vor allem über Terroristen, Russland und Assad gesprochen wird – aber nicht über die Revolution. Der Prozess hat die Protestbewegung und ihre Forderungen nach Würde, Freiheit und Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Das hat vielen Menschen Hoffnung gegeben.

Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Für mich hatte der Prozess auch eine psychologische Wirkung. Ich musste immer wieder über meine Erlebnisse sprechen, was jedes Mal sehr belastend war, aber gleichzeitig auch erleichternd. Durch den Prozess habe ich viel über Gerechtigkeit gelernt. Ich hatte vorher kein Konzept oder eine konkrete Vorstellung davon. Ich war vorher noch nie mit ei-

nem Rechtssystem in Berührung gekommen. Heute glaube ich, dass man Gerechtigkeit erlangen kann, wenn man für seine Rechte eintritt.

Kritik entzündete sich auch an dem Umstand, dass die Verhandlungen im Gerichtssaal nicht auf Arabisch gedolmetscht wurden.

Das war problematisch. Viele arabische Medien, syrische Menschenrechtsaktivisten und Teile der Diaspora, etwa ältere Menschen, waren zwar am Prozess interessiert, konnten ihn aber nicht direkt verfolgen. Zum einen wegen der Sprachbarriere, zum anderen wegen der Pandemie. Aber gerade für diese Bevölkerungsgruppen hätte der Prozess zugänglich sein sollen. Trotz der journalistischen Aufmerksamkeit hat nur eine Organisation eine arabische Übersetzung der Verhandlungen angefertigt. So hatten die Kritiker leichtes Spiel, die Berichterstattung als einseitig abzutun.

Welche Bilder sind Ihnen im Gedächtnis geblieben?

Am Anfang habe ich mir viele Gedanken gemacht. Ich fragte mich, wie ich mich fühlen würde, wenn ich diese Person wiedersehen würde. Ich hatte Angst, dass er mir nahekommen würde. Während meiner Aussage vor der Richterin stand er in meiner Nähe. Aber sobald das Gespräch begann, hatte ich keine Angst mehr. Er stand nicht mehr im Mittelpunkt, sondern ich, meine Geschichte und die Richterin. Ein schwieriges Gespräch, aber gleichzeitig fühlte ich mich sehr sicher.

Hannah Arendt hat während des Eichmann-Prozesses den Begriff der »Banalität des Bösen« geprägt. Haben Sie etwas Vergleichbares wahrgenommen?

Wichtig an diesem Prozess war, dass nicht die Täter im Mittelpunkt standen, sondern wir als Nebenkläger. Wir haben versucht, die syrischen Revolutionäre in den Mittelpunkt zu stellen. Ich glaube, nur so kann man dem Bösen, so banal es auch sein mag, etwas entgegensetzen. Denn die Berichterstattung neigt im Allgemeinen dazu, sich auf die Täter zu konzentrieren. Ich finde aber, es sollte nicht darum gehen, warum jemand so gehandelt hat, ob er sein Handeln bereut. Vielmehr sollten wir uns auf die Geschichten der Betroffenen konzentrieren. Die Frage lautet: Wie haben sich die Verbrechen auf die Menschen ausgewirkt, und wie ist es den Menschen gelungen, sich zu behaupten?

Was denken Sie, wenn Sie hören, der Krieg wäre vorbei und Syrien ein sicheres Herkunftsland im Sinne der Asylgesetzgebung?

Das Gericht hat festgestellt, dass die syrische Regierung foltern lässt, und ich denke, das allein reicht aus, um zu erkennen, dass Syrien kein sicherer Ort ist, um Menschen dorthin zurückzuschicken. Zudem sind die Lebensbedingungen menschenunwürdig: Wasser, Strom Nahrung – es fehlt an der Grundversorgung, das Land ist zu großen Teilen zerstört, die Wirtschaft liegt am Boden, und es gibt keine Perspektive für die Zukunft. Ich wusste nicht, was an diesem Herkunftsland sicher sein soll.



Ruham Hawash, 36, ist Mitbegründerin und stellvertretende Direktorin von IMPACT Civil Society Research & Development. Sie hat Wirtschaftswissenschaften studiert und einen Master in Friedens- und Sicherheitsforschung. Ende 2012 kam sie nach Deutschland, mittlerweile hat sie die deutsche Staatsbürgerschaft. Hawash ist Vorstandsmitglied des Verbandes Deutsch-Syrischer Hilfsvereine (VDSH).

Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Bemühungen in Teilen der arabischen Welt, die Beziehungen zu Syrien zu normalisieren?

Mit dieser Regierung kann es keine Normalisierung geben. Die arabischen Staaten befinden sich in einer Art strukturellem Zwang durch informelle wirtschaftliche Interessen. Außerdem sind die Nachbarn mit den syrischen Flüchtlingen überfordert. Sie hoffen daher, die Menschen zurückschicken zu können. Ich befürchte, wir können diese Normalisierung nicht aufhalten, aber wir können sie mit Gerichtsurteilen wie dem in Koblenz zumindest verlangsamen. Und wenn weitere Prozesse in Europa folgen, könnte zumindest Europa von einer Normalisierung Abstand nehmen.

Sie sind als Palästinenserin in Syrien aufgewachsen. Syrien mussten Sie schließlich verlassen, heute besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit. Was ist für Sie Heimat?

Ich habe mein Leben lang als Staatenlose in Syrien gelebt. Damals fühlte ich mich dort zu Hause, weil ich nichts anderes kannte. In Syrien war ich schon Flüchtling, in Deutschland bin ich es geworden. Nachdem ich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatte, bin ich nach Palästina gereist und habe tatsächlich sehr starke Heimatgefühle empfunden, obwohl ich dort nie gelebt habe. Aber die Menschen haben über meinen Damaszener Akzent gelacht. Ich konnte sagen, dass ich Palästinenserin bin, aber ich klang nicht so. Jetzt lebe ich seit zwei Jahren in Berlin und denke viel an meine Zeit in Hamburg, denn ich habe mich nie so wohl gefühlt wie dort. Ich werde nie eine Heimat haben, aber dafür verschiedene Gefühle zu jedem dieser einzelnen Länder, die ich alle liebe.

Foto: Mohamed Badarne

Was bedeutet eigentlich Normalisierung?

S

eit sich die Anzeichen für eine Annäherung zwischen einigen Golfstaaten und dem syrischen Regime mehren, hat der Begriff der »Normalisierung« in den Medien und in der Politik Konjunktur. Die Regierung in Damaskus und die Syrer selbst sprechen hingegen eher von einer »Wiederherstellung« der Beziehungen zu den arabischen Staaten, von einer arabischen »Annäherung« an Syrien oder von einer »Rückkehr« Syriens in den »arabischen Schoß«.

All diese Formulierungen bezeichnen natürlich eine positive Entwicklung. Sie implizieren, dass die seit 2011 angestrebte Isolation des syrischen Regimes in der arabischen Welt kläglich gescheitert ist. Wer so spricht, hofft, dass die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges in Zukunft gemildert werden können und sich die Lebensbedingungen im Land allmählich verbessern.

Oppositionelle Gruppen außerhalb des Landes und westliche Politiker sprechen dagegen von einer »Normalisierung«, wobei der negative Unterton kaum zu überhören ist. Mit dem

syrischen Regime, so der Tenor, könne es keine Normalisierung geben. Gegner der Regierung in Damaskus lobbyieren daher bei westlichen Regierungen, insbesondere in Washington, damit sich diese aktiv und mit juristischen Mitteln gegen den Prozess und die ihn tragenden Staaten stellen.

Die grundverschiedenen Auffassungen über den Prozess der arabischen Annäherung an Syrien werfen die Frage auf, was genau darunter zu verstehen ist – und wie dieser Prozess gestaltet werden kann. Die Annäherung erfolgt nach dem Prinzip »Schritt für Schritt«. Im politischen Bereich ist dies beispielsweise die Suche nach einer Lösung für das Rückkehrrecht geflüchteter Syrer, im Sicherheitsbereich die Bekämpfung des Drogenhandels. Diesen Prioritäten der arabischen Staaten stehen die Erwartungen der syrischen Seite gegenüber, die sich vor allem Hilfe bei der Stabilisierung der Wirtschaft, der Währung sowie beim Wiederaufbau, aber auch bei der Aufhebung der internationalen Sanktionen erhofft.

Bisher sieht es so aus, dass sich vor allem einige Golfstaaten um Saudi-Arabien scharen und gemeinsam auf die Regierung in Damaskus zugehen. So wurde die Mitgliedschaft Syriens in der Arabischen Liga aktiviert und Präsident Baschar Al-Assad zu einem gemeinsamen Gipfel eingeladen. Darüber hinaus fanden verschiedene weitere Konferenzen mit syrischer Beteiligung statt, zuletzt Mitte August dieses Jahres in Kairo.

Auf wirtschaftlicher Ebene hat sich dagegen wenig getan. Abgesehen von einigen Hilfsgütern für die Erdbebenopfer und

Alles auf Anfang oder vollständige Isolation? Zwei Ansätze in unterschiedlichen Richtungen haben in der Syrien-Politik kaum Ergebnisse gezeitigt. Es geht auch anders

VON NASEEF NAEEM

anderen eher unbedeutenden Hilfen sind keine wirtschaftlichen Aktivitäten der arabischen Staaten zu verzeichnen. Im Gegenzug kündigte die syrische Regierung an, stärker gegen den Drogenhandel im eigenen Land vorgehen zu wollen, und verhaftete öffentlichkeitswirksam einige kleinere Drogenhändler.

Es wird deutlich, dass die Annäherung insgesamt nicht sehr weit fortgeschritten ist. Der Prozess scheint derzeit auf Eis zu liegen, ungeachtet weiterer Absprachen zwischen den arabischen Nachbarn und Syrien, die bislang nicht bekannt sind. Nüchtern muss man daher feststellen, dass bislang keine Seite die Absicht zu haben scheint, die Beziehungen schnell wieder auf das Vorkriegsniveau zu heben. Die Annäherung gleicht bislang eher einem Abtasten und Ausprobieren, das von beiden Seiten aus jeweils unterschiedlichen Motiven gespeist wird.

Es handelt sich um einen ergebnisoffenen Prozess, der sich noch lange hinziehen kann und vielleicht nie wirklich abgeschlossen sein wird.

Andererseits ist nicht zu übersehen, was dieser Prozess im Hinblick auf die herrschenden Verhältnisse rund um den Syrienkonflikt noch mit sich bringt. Ein Prozess ist ein Weg, an dessen Ende etwas Bestimmtes erreicht werden soll. In diesem Kontext geht es darum, mit dem Regime in Damaskus über bestimmte Fragen weiter zu verhandeln, nachdem alle anderen Lösungsansätze – insbesondere jene, die einen Regierungswechsel zum Ziel hatten – schlicht gescheitert sind. Zumindest militärisch konnte das syrische Regime bisher nicht besiegt werden, dafür war und ist die Unterstützung durch Russland und Iran zu groß. Auch

politisch konnten Damaskus keine Zugeständnisse abgerungen werden.

Die aktuelle Annäherung wird sich daher darauf konzentrieren, konkrete Forderungen der arabischen Staaten an das syrische Regime zu formulieren und diese nach dem Prinzip »Schritt für Schritt« umzusetzen. Dabei wird es sich um einen Punktekatalog handeln, der die drängenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen umfasst. Es sind Forderungen, die ohne eine Annäherung der Staaten nicht gestellt werden können. Wenn die arabischen Staaten echte Zugeständnisse von Syrien erwarten, werden sie das Land nicht weiter isolieren können.

Es ist ein langer Weg, der vor allen Beteiligten liegt – aber die ersten Schritte sind getan. Die syrische Zivilgesellschaft in Form des »Rates der Syrischen Charta« hat bereits Ende 2017 elf Prinzipien formuliert, deren Umsetzung den Weg für einen gezielten Annäherungsprozess der arabischen Staaten an Syrien ebnen könnte.

Ob am Ende tatsächlich normale politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen zu Syrien stehen werden, muss aber offen bleiben.

Dr. Naseef Naeem ist Staats- und Verfassungsrechtler, Fellow der Candid Foundation, Forschungsleiter von Zenith Council und Autor des Buches »Der Staat und seine Fundamente in den Arabischen Republiken«.

Annähern oder auf Abstand halten?

Die Normalisierung mit dem Assad-Regime passt zum Ansatz der Golfstaaten, Konflikte in der Region zu managen. In ihrer Syrien-Politik sind sie sich aber uneins – und vorzeigbare Erfolge bislang ausgeblieben

VON PHILIPP DIENSTBIER

Nur wenige Tage nach den schweren Erdbeben im Februar 2023 in der Süd-türkei und im Norden Syriens landeten die ersten Flugzeuge aus den Golfstaaten mit Hilfsgütern in Damaskus. Unter ihnen auch Maschinen aus Saudi-Arabien, beladen mit Kisten voller Nahrungsmittel und medizinischer Güter, auf denen das grüne Logo des »King Salman Center« prangte – der Hilfsorganisation, die nach dem saudischen König benannt ist.

Anders als man es vom einstigen Feind erwarten würde, verteilte Saudi-Arabien seine Hilfslieferungen nicht nur in von Rebellen kontrollierten Landesteilen Syriens, sondern auch dort, wo Machthaber Baschar Al-Assad seit 2011 mit Gewalt und Unterdrückung seine Kontrolle behauptet. Einst versuchte das Königreich hier mittels von Riad unterstützter Milizen, Assad zu Fall zu bringen. Nun aber waren die humanitären Hilfen Vorboten einer politischen Normalisierung mit Syrien, wie sie noch vor Jahren undenkbar gewesen wäre.

Was Saudi-Arabien mit seiner »Erdbeben-Diplomatie« bereits andeutete, wurde im Mai 2023 schließlich besiegelt: Ausgerechnet beim Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Saudi-Arabien kehrte Assad nach fast zwölf Jahren Isolation an den Tisch der arabischen Bruderstaaten zurück. Riad selbst war treibende Kraft hinter der Wiederaufnahme und hatte bereits Wochen zuvor erstmals seit Ausbruch des Syrien-Kriegs eigene diplomatische Beziehungen zu Damaskus aufgenommen.

Die Normalisierung zu Syrien zeigt die knallharte Pragmatik, mit der Saudi-Arabien schon seit einiger Zeit eine regionale Entspannungspolitik vorantreibt und seine Rivalitäten im Nahen Osten zu managen versucht. Gleichzeitig ist die Wiederannäherung an Damaskus eine Facette einer allgemeinen außenpolitischen Diversifizierungsstrategie am Golf, die aus Enttäuschung mit den USA auf neue Partnerschaften setzt.

Einst hatte sich vor allem Riad einseitig auf Sicherheitszusagen aus Washington verlassen, doch schon seit Längerem dämmert es dem Königshaus inmitten US-amerikanischer Rückzugsrhetorik, dass die USA ihr Engagement im

Nahen Osten zurückschrauben – auch auf Kosten der Golfstaaten. Risse im saudisch-amerikanischen Verhältnis zeigten sich bereits 2013, als Washington keine militärische Reaktion auf die Giftgasangriffe im syrischen Ghuta zustande brachte, obwohl Präsident Barack Obama dies zuvor noch als »rote Linie« ausgerufen hatte. Der Tropfen, der letztendlich das Fass zum Überlaufen brachte, waren Irans Angriffe 2019, als unter dem Deckmantel der von Teheran unterstützten Huthi-Miliz aus dem Jemen Ölanlagen in Saudi-Arabiens Ostprovinz attackiert wurden – während die USA aus Sicht des Partners vom Golf einfach tatenlos zusahen.

Von dieser Enttäuschung angetrieben, lancierte das Königreich eine Détente-Politik, die zuerst den Konflikt mit dem unter Blockade stehenden Nachbarn Katar beilegte, sich dann aber schnell dem iranischen Frontbogen von Syrien bis nach Jemen zuwandte. Erst schloss Riad einen Waffenstillstand mit den Huthis – Riads Gegnern im jemenitischen Bürgerkrieg –, dann folgte der Paukenschlag in Beijing: eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Iran.

Dass Syrien im Windschatten dieser Entspannungspolitik bald folgte, war nur folgerichtig. Die Annäherung mit Damaskus ist dennoch ein vergleichsweise kleiner Baustein der regionalen Détente-Strategie Saudi-Arabiens – das Kernstück wäre hingegen ein möglicher Deal mit Israel, der angesichts aktueller Entwicklungen rund um den Gazastreifen aber vorerst auf Eis liegt.

Zudem ist die Normalisierung mit Syrien keine Liebesheirat – am Golf bleibt das Vertrauen in Assad gering, und die Stärkung eines iranischen Klienten liegt weiterhin nicht im eigenen Interesse. Doch Saudi-Arabien geht mit der Situation vorerst pragmatisch um und wittert auch Chancen in den neuen Beziehungen zu Damaskus: Im Kontext einer unübersichtlichen geopolitischen Großwetterlage werden am Golf längst die Beziehungen zu Russland und vor allem China gestärkt, mit Beijing sind die Golfstaaten wirtschaftlich besonders eng verflochten. Eine Annäherung an deren regionale Partner – Iran und Syrien – stabilisiert aus Sicht der Golfmonarchien die eigene Nachbarschaft und schafft Raum, um sich auf die wirtschaftliche Modernisierung und Diversifizierung daheim zu konzentrieren.

Vorboten einer politischen Normalisierung mit Syrien, wie sie noch vor Jahren undenkbar gewesen wäre

Foto: Präsidiatamt Syrien



Baschar Al-Assad zu Gast im März 2022 bei Muhammad Bin Zayed (MBZ), dem Kronprinzen von Abu Dhabi

In Saudi-Arabien sieht man darüber hinaus triftige Gründe in der Unterbindung des Drogenschmuggels aus Syrien – der im Königreich als Hauptabsatzmarkt eine Suchtkrise ausgelöst hat –, um mit den Machhabern in Damaskus zu kooperieren. Es bleibt fraglich, ob Riad damit nicht den Bock zum Gärtner macht: Herstellung und Schmuggel der synthetischen Droge Captagon sind fest in der Hand des Präsidentenbruders Maher Al-Assad und die geschätzten fünf Milliarden US-Dollar Einnahmen eine finanzielle Rettungsleine für den sanktionierten Staat, die er höchstens für Gegenleistungen aufgeben dürfte.

Saudi-Arabien sieht wie andere Golfstaaten außerdem ökonomische Chancen in einer Normalisierung mit Syrien. Der brachliegende Energiesektor des Landes könnte ein Ziel von Direktinvestitionen werden, und auch in Infrastruktur könnte der finanzstarke Golf investieren. Hier nehmen vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine Pionierrolle mit ihren regionalen Logistikprojekten ein, wie die zahlreichen vom emiratischen Flaggschiff DP World betriebenen Häfen und Sonderwirtschaftszonen von Ostafrika bis zum indischen Subkontinent veranschaulichen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die VAE auch Vorreiter im Normalisierungsprozess mit Syrien waren und bereits 2018 ihre Botschaft wiedereröffneten, um sich in eine wirtschaftliche Pole Position zu manövrieren. Heute sind die Emirate bereits der drittgrößte Importpartner für Syrien.

Doch am Golf findet sich auch eine konträre Position von Staaten, die sich der Annäherung seitens Saudi-Arabiens, den VAE und Bahrain zwar nicht entgegenstellen, doch selbst weiter einen großen Bogen um Assad machen. Allen voran positioniert sich Katar – wie auch schon in den frühen Phasen des Syrien-Konfliktes – in Abgrenzung zu Saudi-Arabien und besteht auf Zugeständnissen des syrischen Regimes gegenüber der Opposition, bevor eine Normalisierung in Betracht gezogen wird. Emir Tamim Bin Hamad blieb Assads erster Rede nach Wiederaufnahme in die Arabische Liga demonstrativ fern. Umgekehrt hat Katar aber anders als Saudi-Arabien auch weniger direkte Sicherheitsinteressen, die eine Koordinierung mit Syrien erfordern würden.

Auch Kuwait verhielt sich lange in puncto Normalisierung vorsichtig. Anders als seine Nachbarn Saudi-Arabien

und Katar griff das Emirat damals nicht direkt in den Syrien-Krieg ein. Ebenso übt es sich jetzt mit Blick auf eine Annäherung in Zurückhaltung und war Berichten zufolge sogar gegen eine Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga.

Der Oman wiederum hatte seine Beziehungen zu Assad nie gekappt, die das Sultanat gemäß seines traditionellen Ansatzes zu allen Seiten unterhält, und sich als Mittler positioniert. Damit fungierte Maskat vor der Annäherung anderer Golfstaaten bereits als Brücke zum syrischen Regime und sprach sich früh für eine Wiederaufnahme in die Arabische Liga aus.

Diese Komplexitäten verdeutlichen auch die ungewissen Aussichten der Annäherung zwischen dem Golf und Syrien. Die momentane Initiative verdankt Syrien vor allem Saudi-Arabien, das den Vorstoß als regionales Zugpferd anführt. Allerdings es ist nicht ausgemacht, dass sich die Hoffnungen, die Riad in sein Projekt setzt, auch tatsächlich erfüllen.

Handfeste Fortschritte im Kampf gegen den Drogenschmuggel sind bislang ausgeblieben, und auch dem Grad, zu dem Saudi-Arabien und die VAE Profit aus der engeren Wirtschaftskooperation mit Syrien schlagen können, wird durch internationale Sanktionen gegen Syrien – wie dem amerikanischen »Caesar Act« – enge Grenzen gesetzt. Sollte die Annäherung nicht die gewünschten Ergebnisse bringen, könnten die derzeitigen Schritte schnell im Sande verlaufen – und am Golf das Lager der Assad-Kritiker um Katar stärken.

Außerdem könnte sich der anziehende Wettbewerb der Golfstaaten untereinander auch auf den Umgang mit Syrien auswirken. Zwischen Dschidda, Dubai und Doha verfolgen die Golfstaaten allesamt ein ähnliches Geschäftsmodell, das die wirtschaftliche Zukunft nach dem Öl in einem Mix aus Tourismus, Logistik, Großevents und Wasserstoff sieht. Dass dies früher oder später zu regionaler Konkurrenz führen muss, ist logisch und bereits an dem zunehmend angespannten Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und den VAE erkennbar. Syrien könnte vom Wettbewerb zwar profitieren, sollte dieser aber auch zu politischen Konflikten führen, würde das der regionalen Wirtschaftskooperation schaden.

Zuletzt ist die Eskalation der Gewalt nach Hamas-Angriffen auf Israel Grund zur Sorge, dass nach Jahren der beständig und pragmatisch herbeigeführten Entspannung und Stabilisierung des Nahen Ostens ein regionaler Flächenbrand diese Errungenschaften wieder in Schutt und Asche legen könnte. Dass mit der Hizbullah und dem Assad-Regime zwei Erzfeinde Israels Syrien im Griff haben, bringt die Golfstaaten in eine verzwickte Lage – insbesondere Manama und Abu Dhabi, die ihr Verhältnis zu Tel Aviv bereits normalisiert haben. Es ist gut möglich, dass sich die Golfstaaten angesichts dieser Risiken in Syrien nicht zu weit aus dem Fenster lehnen werden und ihre politische Aufmerksamkeit künftig stärker auf den Nahostkonflikt verlagern.

Philipp Dienstbier ist seit 2023 der Leiter des Regionalprogramms Golfstaaten der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit Sitz in Amman.

DIE WOHL- TEMPERIERTE INTERVENTION



Bis heute ist Idlib im Nordwesten Syriens
Ziel russischer Luftangriffe.

Foto: Almat sm Bellah / stock.adobe.com

Während sich Russland andernorts außenpolitisch die Finger verbrennt, hat sich Moskau gerade in Syrien als bemerkenswert anpassungsfähig erwiesen.

Für den Kreml eine Notwendigkeit, um in der unberechenbaren Gemengelage die Oberhand zu behalten. Doch dieser Ansatz hat Grenzen

VON MOHAMAD AL-ASHMAR

2015

eilte Russland dem Assad-Regime zu Hilfe – und begründete so einen neuen Abschnitt russischer Präsenz im Nahen Osten. Das Verhältnis zwischen Moskau und Damaskus gestaltet sich dabei alles andere als statisch. Von der komplexen Dynamik der Soft Power über strategische Militärmanöver bis hin zu den Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft der Region entwickelt sich diese vielschichtige Beziehung weiter und lässt Rückschlüsse darauf zu, in welche Richtungen sie sich künftig entwickeln könnte.

Das Tempo dieses Wandels hat sich nach dem Einmarsch Moskaus in die Ukraine im Februar 2022 beschleunigt. Um dieses Ausmaß zu begreifen, muss man jedoch erkennen, dass Syrien im Jahr 2023 ein weitaus komplexerer Schauplatz als 2015 ist, als Russland erstmals militärisch intervenierte. Das Land ist heute zersplittert und gespalten und wird von verschiedenen Gruppen kontrolliert. Dazu gehören die Hayat Tahrir al-Scham in der Region Idlib, die von der Türkei unterstützten Rebellen im Nordwesten und in den ländlichen Gebieten von Aleppo, die von den USA unterstützten kurdischen Gruppen im Nordosten, die arabischen Stammesmilizen im Osten und die von Assad kontrollierten Regionen, die ihrerseits gespalten sind und unter der Herrschaft verschiedener Fraktionen stehen.

Diese komplexe Zersplitterung und die miteinander kollidierenden Vasallen veranlassten Russland, einen pragmatischeren Ansatz zu wählen und seine Strategie an die sich verändernden Prioritäten und Interessen anzupassen.

Doch zunächst ist ein Verständnis der historischen Präsenz Russlands in Syrien unabdingbar. Während des Kalten Krieges errichtete die Sowjetunion 1971 auf Grundlage des sowjetisch-syrischen Abkommens die erste Einrichtung in der Küstenregion von Tartus. Im Laufe der Jahre durchlief dieser Stützpunkt mehrere Entwicklungs- und Ausbauphasen. Auch um finanzielle Altlasten aus dieser Zeit kümmerte sich Moskau nach dem Ende des Kommunismus. Im Jahr 2005 erließ Russland 73 Prozent der syrischen Schuldenlast aus der Sowjetära, insgesamt etwa 13,4 Milliarden US-Dollar. Zudem stieg Moskau zum wichtigsten Waffenlieferanten Syriens auf.

Gleichzeitig arbeitete Russland an der Expansion seiner Marineeinrichtungen, um seine Präsenz im Mittelmeer auszubauen. Bis 2009 hatte das russische Militär Pläne für die Modernisierung der Anlage in Tartus angekündigt. Im Jahr 2011 intensivierte Russland dann sein Engagement in Syrien auf mehreren Ebenen: der Besuch des orthodoxen Patriarchen Kirill bei Baschar Al-Assad, Aufstockung der

finanziellen und logistischen Hilfen, militärische und politische Unterstützung für das Regime sowie der Gebrauch des russischen Vetos im UN-Sicherheitsrat sind nur einige Wegmarken der verstärkten Kooperation.

In diesem Zeitraum förderte der Kreml nach und nach kulturelle, bildungspolitische, mediale, politische und andere organisatorische Verbindungen zu verschiedenen Gruppierungen in Syrien. Diese Bemühungen erstreckten sich auch auf strategische Investitionen, die Kultivierung von Netzwerken, Vasallen und Verbündeten in verschiedenen Volksgruppen und Gemeinschaften. Zu diesem Netzwerk zählen Geschäftsleute, Intellektuelle, lokale Milizen, religiöse Institutionen und Regierungsstellen.

Ab 2015 war das russische Engagement in Syrien von der Mobilisierung und Integration sowohl harter als auch weicher Machtinstrumente geprägt. Auch kulturelle und karitative Delegationen waren integraler Teil dieser Verflechtung. Diese Initiativen, die von Einrichtungen wie dem »Russischen Versöhnungszentrum« und der Russisch-Orthodoxen Kirche organisiert wurden, ermöglichten die aktive Beteiligung russischer muslimischer Gemeinschaften, orthodoxer Kirchennetzwerke, Teilrepubliken sowie verschiedene in Syrien tätige Wohltätigkeitsverbände.

Für die russische Führung hat Soft Power vor allem im Kontext des Syrienkonflikts eine besondere Form angenommen, nämlich die eines vielschichtigen Ansatzes für die Zusammenarbeit mit staatlichen, nichtstaatlichen und gesellschaftlichen Akteuren in Syrien. Sie geht über die bloße

Anziehungskraft der Allianz mit einer Großmacht hinaus und umfasst eine Reihe von nichtmilitärischen Instrumenten, die darauf abzielen, Gegner zu manipulieren, zu untergraben und zu schwächen.

Während die Aktivitäten des »Russischen Versöhnungszentrums« und der Ahmad-Kadyrow-Stiftung in den letzten Jahren spürbar zurückgefahren wurden, unterstreichen andere Entwicklungen das ungebrochene Interesse Russlands an Syrien. So stellte Moskau 2023 Mittel für die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) bereit, um den syrischen Agrar- und Lebensmittelsektor anzukurbeln und das syrische Industrieministerium zu unterstützen. Aufzeichnungen des Financial Tracking Service der Vereinten Nationen und weitere Datenbanken belegen, dass Russland mehrere UN-Programme in Syrien, etwa jene des Welternährungsprogramms, weiterhin finanziell unterstützt.

Dieses Engagement zeigt sich auch in den regelmäßigen Sitzungen des gemeinsamen Russisch-Syrischen Regierungsausschusses für kommerzielle, wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Darüber hinaus fanden nach dem Besuch von Baschar Al-Assad in Moskau im Juli 2023 Gespräche zwischen dem syrischen

Zu Russlands Netzwerk in Syrien zählen Geschäftsleute, Intellektuelle, lowkale Milizen, religiöse Institutionen und Regierungsstellen

Regime und Russland über die Sanierung von Flughäfen und die Modernisierung von Wärmekraftwerken statt, begleitet von der Ankündigung von 40 Investitionsprojekten unter Beteiligung Moskaus. Dies unterstreicht einen zunehmend integrierten Ansatz, bei dem Syrien als eine Einheit behandelt wird, die mit den von Russland kontrollierten Territorien wie Tschetschenien, Georgien und Inguschetien vergleichbar ist.

Darüber hinaus hat Russland seine Präsenz im kulturellen und im Bildungsbetrieb ausgeweitet und die Zahl der vergebenen Stipendien etwa von weniger als 500 auf über 1.000 in den Jahren 2022 und 2023 aufgestockt. Außerdem investiert Moskau weiterhin in die Einrichtung von Sprach- und Kulturzentren. Zu den jüngsten Bemühungen gehören auch die Sanierung und der Ausbau des Russland-Hauses in Damaskus, das der russischen Botschaft unterstellt ist, um russische Kultur- und Bildungsarbeit in Syrien zu fördern, einschließlich Stipendien, Sprachkursen sowie kulturellen und musikalischen Aktivitäten.

Im September 2023 folgte die Einweihung des »Syrisch-Russischen Friedens- und Bildungszentrums« unter der Schirmherrschaft der »Russischen Friedensinitiative« im Süden von Damaskus, das vom »Russischen Versöhnungszentrum« unterstützt wird und Versorgungsangebote an Hinterbliebene gefallener Soldaten der syrischen Armee bereitstellen soll. Zusammengefasst unterstreichen all diese Aktivitäten das strategische Ziel Russlands, seinen Einfluss in Damaskus aufrechtzuerhalten und Kontrolle über wichtige Institutionen von Regime und Gesellschaft auszuüben.

Dabei sieht sich Moskau mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. So sind Russlands Kapazitäten und Instrumente oft hinter den Erwartungen zurückgeblieben. International vermittelte Friedensgespräche und -konferenzen wie in Astana und Sotschi haben nur begrenzte Ergebnisse erzielt. Die von Moskau in Aussicht gestellte »Versöhnung« hat eben keine Stabilität wiederhergestellt.

Das wird besonders in Gebieten wie Daraa und Suweida deutlich. Angesichts der zunehmenden Proteste gegen die syrische Regierung im Süden des Landes liegen Russlands strategische Interessen in puncto Stabilität immer noch in weiter Ferne – und das selbst in Gegenden, die formal unter Kontrolle des Assad-Regimes stehen. Lokale Quellen bestätigen, dass russische Beamte in Syrien versuchen, mit den Führern der drusischen Gemeinschaft in Kontakt zu treten, diese Bemühungen aber kaum Fortschritte in Richtung wirtschaftlicher Reformen oder Kompromisse zeitigt haben.

An der politischen Front hat Russland zunehmend sensible Themen wie Flüchtlinge und humanitäre Hilfe als diplomatische Hebel eingesetzt. Die Kontrolle über Hilfsgüterlieferungen an syrischen Grenzübergängen, insbesondere im Nordwesten, zeugt vom russischen Geschick, sich trotz

der Versuche, Moskau wegen der Invasion in der Ukraine zu isolieren, unabdingbar für die internationale Gemeinschaft zu machen.

In der Flüchtlingsproblematik hat Russland immer wieder Narrative im Zusammenhang mit syrischen Geflüchteten mit seiner Unterstützung für das Assad-Regime verwoben. Dafür wirft Moskau sein diplomatisches Gewicht in den Ring, vor allem in den Beziehungen zu Syriens Nachbarn Türkei, Libanon und Jordanien. Insbesondere in diesem Jahr steht dabei die Normalisierung im Vordergrund, also die Rückkehr des Assad-Regimes aus der internationalen und regionalen Isolation, etwa über die Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga. Russlands Durchsetzungsvermögen zeigt sich auch in der jüngsten, von Russland einberufenen 6. Konferenz über die Rückkehr syrischer Flüchtlinge, die im Juli 2023 in Damaskus stattfand. Diese selbstbewusste Taktik soll signalisieren: In den Fragen Flucht und Rückkehr führt kein Weg an Russland vorbei.

Und wenn es um Russland und Syrien ging, führte über Jahre auch an diesem Namen kein Weg vorbei: Wagner.

Einen Monat nach der womöglich gezielten Tötung von Jewgeni Prigoschin im August 2023 begannen die russischen Behörden, die Kontrolle über die parallele Militärstruktur der Söldnergruppe zu übernehmen. Schon unmittelbar nach dem gescheiterten »Marsch auf Moskau« leitete Russland ab dem 23. Juni eine Reihe von Maßnahmen ein, die sich gegen die führenden Köpfe der Gruppe Wagner und die ihr angeschlossenen Gruppierungen richteten und ihnen etwa den Zugang zu Flughäfen

und anderen Einrichtungen verwehrten. Das Assad-Regime hat sich mit dem russischen Verteidigungsministerium zusammengetan, um die Kontrolle über lokale Wagner-Kontingente innerhalb seiner Grenzen zu erlangen.

Man muss sich jedoch darüber im Klaren sein, dass die Lage in Syrien weitaus komplexer ist als in anderen Regionen, in denen Wagner operiert, etwa in Afrika. Diese Komplexität ergibt sich aus der Präsenz von russischer Armee, iranischen Streitkräften und angeschlossenen schiitischen Milizen in Ostsyrien. Erschwerend kommt hinzu, dass Wagner stark in die Öl- und Gasförderung insbesondere im Osten involviert ist. Eine bemerkenswerte Entwicklung in diesem Zusammenhang ist der Austausch der Wagner-Wachmänner durch Söldner der Gruppe Redut.

Dieser Übergang stellt einen bedeutenden Wendepunkt dar, wenn man bedenkt, dass sich Russland seit der ersten Intervention in Syrien bei seinen Operationen lange Zeit auf die Gruppe Wagner verlassen hat. Die Söldner haben entscheidend dazu beigetragen, Russlands Macht und Einfluss auf der internationalen Bühne zu stärken.

Die Verschiebung nach der Prigoschin-Revolution bringt jedoch auch neue Herausforderungen für Russlands viel-

Moskaus Einfluss in Syrien ist vergleichbar mit dem Blick auf Territorien wie Tschetschenien, Georgien und Inguschetien

Foto: Russisches Verteidigungsministerium



Flagge des Pionierkorps der russischen Streitkräfte (links) in Palmyra

schichtige Operationen mit sich. Die umfassen wirtschaftliche Interessen und interne Machtkämpfe, die sich allesamt direkt auf Russlands Ansehen in Syrien, seine Innenpolitik und seine Fähigkeit, im Ausland Einfluss zu nehmen, auswirken. Es ist erwähnenswert, dass sich viele Syrer den Wagner-Truppen in Syrien, Libyen und verschiedenen afrikanischen Ländern angeschlossen haben, was den russischen Umgang mit Söldnern in der eigenen Einflusszone weiter verkompliziert.

Insgesamt aber ist Russlands Durchsetzungsvermögen in Syrien von strategischer Anpassungsfähigkeit gekennzeichnet. Während Moskau sein Engagement in peripheren Gebieten wie Suweida, Daraa und Ostsyrien reduziert hat, hat man den Einfluss in zentralen Regionen wie Damaskus, den Küstengebieten und Aleppo aufrechterhalten. Militärisch begann Russland 2021, die Unterstützung für viele seiner Vasallen in Gebieten, die es als strategisch weniger wichtig erachtete, herunterzufahren. Diese Verschiebung veranlasste mehrere seiner Vasallen dazu, ihre Loyalität in Richtung Iran zu justieren, vor allem, um den Ausfall von Gehältern zu kompensieren.

Gleichzeitig hat Russland im Jahr 2023 sein brutales und aggressives Vorgehen fortgesetzt, indem es die Regimekräfte militärisch unterstützt und gleichzeitig Rebellengebiete, Zivilisten und Lager für Binnenvertriebene im Nordwesten Syriens bombardiert hat. Diese Offensiven unterstreichen den selbstbewussten und vielschichtigen Ansatz Russlands, der es ermöglicht, auf verschiedenen Ebenen Einfluss zu nehmen und seine Strategie an die sich ständig verändernden Umstände vor Ort anzupassen.

Die Zukunft des Syrienkonflikts ist nach wie vor ungewiss, da internationale und regionale Dynamiken die Ereignisse weiterhin bestimmen. Inmitten dieser Herausforderungen bleiben Syrien und Russland auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet eng miteinander

verflochten. Russland ist nach wie vor bestrebt, die Koordination mit internationalen, regionalen und lokalen Mächten in Syrien aufrechtzuerhalten, selbst wenn deren Interessen kollidieren – wie im Falle der Türkei, Israels und der VAE. Dieser pragmatische Ansatz hat es Russland ermöglicht, geschickt durch die komplizierte Dynamik des syrischen Konflikts zu manövrieren.

Diese Anpassungsfähigkeit zeigt sich besonders deutlich in Russlands Engagement für kurdische Gruppen, das gelegentlich die Beziehungen zur Türkei belastet. Während Moskau durch diese Unterstützung als potenzielles Gegengewicht zur türkischen oder US-amerikanischen Präsenz an Einfluss gewonnen hat, verfolgt der Kreml auch einen Kurs, der kurdische Interessen gefährden könnte. Indem Moskau etwa den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zum Assad-Regime drängt, könnte die Unterstützung für die kurdische Autonomie in Syrien ein Ende finden.

Der Blick auf Russlands Syrien-Politik im vergangenen Jahrzehnt lässt erahnen, dass Moskau auch künftig auf einen Kurs wohltemperierter Intervention setzen wird. Etwa indem der Kreml von einer direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten absieht und gleichzeitig seine politische, militärische und Soft-Power-Präsenz in strategischen Sektoren und Regionen aufrechterhält. Moskaus Anpassungsfähigkeit und sein vielschichtiger Ansatz schaffen so die Grundlage, weiterhin mit verschiedenen Akteuren in Syriens komplexer Gemengelage in Kontakt zu treten, während man zugleich weiter die beiden strategischen Ziele verfolgt: Dominanz und Stabilität.

Mohamad Al-Ashmar ist Ko-Vorsitzender der NGO »MENA Development Valley« und Research Fellow beim »Syrian Center for Policy Research«.

Sinn und Sinnhaftigkeit der Sanktionen

Seit über zehn Jahren gehören sie zum Instrumentarium der Syrien-Politik – und stehen ebenso lange in der Kritik. Ein Überblick über die verschiedenen Arten von Sanktionen gegen das Assad-Regime – und wie sich ihre Wirksamkeit messen lässt

VON SAMA KIKI UND EYAL HAMID

D

ie Reaktion des syrischen Regimes auf die Massenproteste im März 2011 wurde vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte als »eine Serie systematischer oder weit verbreiteter Verbrechen gegen die Menschenrechte und die Zivilbevölkerung des Landes« bezeichnet. Noch im selben Monat verhängten die USA erste Sanktionen gegen die Verantwortlichen, kurz darauf folgte die Europäische Union.

Mit der Eskalation der Gewalt gegen die Bevölkerung in den folgenden zehn Jahren verhängten die USA und die EU immer weitere Sanktionen. Ziel war es, die militärische

Schlagkraft des Regimes zu schwächen und seine Finanzströme auszutrocknen. Auf diese Weise hoffte man, Damaskus zu einem Politikwechsel zu bewegen: ein Ende der Angriffe auf Zivilisten und die Aufnahme von Friedensverhandlungen.

Das Sanktionsregime gegen Syrien hat im letzten Jahrzehnt eine immer komplexere Gestalt angenommen. Im Zentrum stehen die USA, die auf einen Mix aus präsidentialen Dekreten und vom Kongress verabschiedeten Gesetzen bauen, sowie die EU in Form von Ratsbeschlüssen. Andere Länder wie Australien, Kanada, Japan, Norwegen, die Schweiz und Großbritannien haben eigene Sanktionen verhängt, die sich aber zumeist an denen Washingtons und Brüssels orientieren.

Die Maßnahmen gegen das Assad-Regime lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Da wären zunächst Sanktionen, die einen bestimmten Wirtschaftszweig betreffen. Sie beschränken die Ein- und Ausfuhr bestimmter Waren, Dienstleistungen, Handelsbeziehungen oder verbieten die

Tätigkeit in einem bestimmten Industriezweig. Zur zweiten Kategorie zählen gezielte Sanktionen. Diese richten sich gegen bestimmte Personen oder Institutionen. Darunter fallen beispielsweise Einreiseverbote oder die Beschlagnahmung von Vermögenswerten der sanktionierten Personen.

Die US-Sanktionen enthalten darüber hinaus ein weiteres, einzigartiges Element: die sogenannten Sekundärsanktionen. Darunter versteht man Maßnahmen, die darauf abzielen, Dritte von wirtschaftlichen Beziehungen mit sanktionierten Personen oder Organisationen abzuhalten. Grundlage für diese Form der Sanktionsandrohung, die sich sowohl gegen natürliche als auch juristische Personen richtet, ist der »Caesar Civilian Protection Act« von 2019.

Angesichts des anhaltenden Konflikts und der schweren Wirtschaftskrise im Land wird die Wirksamkeit der Sanktionen zunehmend in Frage gestellt. Das Regime von Präsident Baschar Al-Assad nährt diese Zweifel mit einer PR-Kampagne, die jede Gelegenheit nutzt, um die Aufhebung der Sanktionen zu fordern – was eigentlich wiederum für deren Effektivität spricht.

Für eine Bewertung ist jedoch zunächst eine realistische Einschätzung der mit den Sanktionen verbundenen Erwartungen notwendig. Denn ein Regimewechsel in Damaskus gehört keineswegs zu den erklärten Zielen. Von Anfang an ging es darum, die Verantwortlichen für begangene Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen und einen Kurswechsel des Regimes zu erzwingen. Der vor allem wirtschaftliche Druck sollte der Regierung die Mittel entziehen, mit denen sie gegen die eigene Bevölkerung vorging. Und das ist in den letzten zehn Jahren zumindest teilweise gelungen: Die Kriegsmaschinerie wurde nachhaltig geschwächt, und dank der Sanktionen konnte sie das Regime auch nicht wieder vollständig zum Laufen bringen.

Sanktionen beziehungsweise deren Androhung haben auch ein zweites Ziel erreicht: Sie haben alle Normalisierungsbemühungen enorm erschwert und das Assad-Regime weiter isoliert, obwohl Syriens Partner immer wieder versucht haben, das Land wieder auf die internationale Bühne zu bringen – zuletzt etwa über die Verhandlungen zur Wiedereinsetzung Syriens als Mitglied der Arabischen Liga. Gleichzeitig haben die Sanktionen dafür gesorgt, dass das Regime nicht auch noch von seinen Verbrechen profitiert. Die anhaltende Lobbyarbeit der syrischen Regierung zeigt, dass die Sanktionen wirken. Tatsächlich bleiben Sanktionen eines der wenigen Mittel, um auf Menschenrechtsverletzungen in Syrien zu reagieren.

Dennoch mehren sich auch Hinweise auf potenziell unerwünschte Folgen von Sanktionen. Ein Beispiel: Im März 2023 sanktionierten die USA Al-Adham und Al-Fadel sowie deren Besitzer. Dabei handelt es sich um zwei Unternehmen,

mit deren Hilfe Syrer aus dem Ausland Geld an Verwandte und Freunde im Land schicken – gleichzeitig gehören das syrische Regime, die Hizbullah sowie die iranische Revolutionsgarde zu den Kunden dieser Unternehmen.

Gleichzeitig erschweren die Sanktionen teilweise auch die humanitäre Hilfe in Syrien. Zwar wurde das Instrumentarium in den letzten zehn Jahren auch in dieser Hinsicht angepasst, um mit Hilfe von Ausnahmeregelungen und Sondergenehmigungen solche Einsätze zu ermöglichen, treten dabei bis heute zwei Probleme zutage. Zum einen mahlen die Mühlen der Bürokratie einfach zu langsam, um in Not-situationen schnell mit Hilfsleistungen reagieren zu können. Zum anderen tendieren Organisationen und Unternehmen dazu, die Sanktionsregeln zu übererfüllen, um möglichst nicht ins Visier der sanktionierenden Staaten zu geraten. So kommt es vor, dass Finanzinstitutionen trotz entsprechender Genehmigung Gelder nicht überweisen, weil sie befürchten, gegen Sanktionen zu verstoßen.

Langfristig bleiben Sanktionen jedoch ein wirksames Druckmittel gegen das Assad-Regime. Die Bemühungen, ihre Effektivität zu erhöhen und ihre negativen Auswirkungen einzudämmen, gehen weiter. Eine genaue Untersuchung der negativen Auswirkungen von Sanktionen im syrischen Kontext ist jedoch nach wie vor nicht möglich. Nicht zuletzt als Ergebnis jahrzehntelanger Misswirtschaft und Korruption. So sind die Krankenhäuser im Land seit 2011 systematisch zur Zielscheibe des syrischen Regimes und seiner Verbündeten geworden. Ärzte, Krankenschwestern und anderes medizinisches Personal wurden zur Ausreise gezwungen oder verschwanden gewaltsam.

Neue Berichte aus Syrien deuten darauf hin, dass die Pharmaindustrie des Landes in Produktionsstätten für das als Droge verwendete Captagon umgewandelt wird. Anderen Branchen droht ein ähnlicher Umbau. Die Hauptverantwortung für die aktuelle Situation und ihre langfristigen Folgen trägt Präsident Baschar Al-Assad. Er ist letztlich auch für die Sanktionen verantwortlich, denn sie richten sich gegen die Verbrechen seines Regimes. Er könnte diesem Sanktionsregime ein Ende setzen: indem er sich der Justiz stellt und sich auf einen echten politischen Prozess einlässt, wie ihn die Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates vorsieht. Es wäre der Weg in eine sichere Zukunft für Syrien.

Sama Kiki ist geschäftsführende Direktorin der in London ansässigen NGO »Syrian Legal Development Programme« (SDLP). **Eyal Hamid** forscht als Senior Researcher bei SDLP zu Sanktionen gegen das Assad-Regime.

SYRERN RICHTIG HELFFEN

Menschen in Not nicht zu helfen, ist unmoralisch. Noch schlimmer ist es aber, ihre Peiniger zu finanzieren. Was in der humanitären Hilfe für Syrien falsch läuft – und was sich dagegen unternehmen lässt



Die UN hat zwar einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber dem Regime, versäumt es aber regelmäßig, diesen auch zu nutzen.

Foto: Abdelghany Al-Aryan

VON KARAM SHAAR



yrrien ist an einem Punkt angelangt, an dem jeder Euro für humanitäre Hilfe zählt. Die Lage ist ohnehin angespannt – 90 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, die Hälfte wurde durch den Konflikt vertrieben. Das verheerende Erdbeben und eine Cholera-Epidemie haben die Situation weiter verschärft. Die Vereinten Nationen sind für die Beschaffung von Hilfsgütern und Dienstleistungen zuständig, sie geben Milliarden Euro aus, um Nothilfe zu organisieren. Doch die Organisation versagt. Mehrere Berichte haben in letzter Zeit aufgedeckt, dass Gelder in Millionenhöhe an dubiose Personen geflossen sind.

So zeigt ein Bericht der »Beobachtungsstelle für politische und wirtschaftliche Netzwerke« (OPEN) und des »Syrian Legal Development Program« (SLDP), dass fast ein Viertel der Hilfszahlungen an Personen geht, die auf amerikanischen, britischen oder EU-Sanktionslisten stehen. In den Jahren 2019 und 2020 belaufen sich diese Zahlungen auf insgesamt mehr als 64 Millionen Euro. Einer der Drahtzieher des Tadamon-Massakers 2013 erhielt beispielsweise mehr als eine Million Euro von UNICEF und UNRWA. Leider kein Einzelfall. Der Bericht zeigt, dass fast die Hälfte der UN-Gelder an Personen mit gut dokumentierten Verbindungen zu (Kriegs-)Verbrechern flossen. Auch für die Jahre 2021 und 2022 setzte sich dieser Trend fort.

Erstaunlicherweise stammt ein Großteil der Belege für die Veruntreuung von Hilfsgeldern aus Daten, die von den Vereinten Nationen selbst veröffentlicht wurden. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass wir bisher nur die Spitze des Eisbergs sehen. Denn mit Verweis auf Sicherheit und Datenschutz weigert sich die Organisation, weitere, möglicherweise aufschlussreiche Daten zu veröffentlichen. Meine Berechnungen zeigen aber auch, dass die Zahl der anonymen Hilfslieferungen im Falle Syriens deutlich höher ist als etwa bei der Ukraine, Afghanistan, dem Jemen oder Äthiopien.

Ein Grund für die Missstände liegt in den bürokratischen Einschränkungen, die das Assad-Regime der UN auferlegt. Dazu gehört die Verweigerung von Visa für Mitarbeiter, die nicht mit der Ideologie und den Geschäftspraktiken der Regierung übereinstimmen. Dazu gehört auch das Verbot, mit

Organisationen zusammenzuarbeiten, die nicht vom Regime anerkannt sind. Das Regime kassiert zudem über die Einführung eines Wechselkurses für humanitäre Finanztransaktionen, der weit über dem liegt, was nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage realistisch wäre. Auf diese Weise stockt die Regierung ihre Devisenreserven auf.

Da die UN eine Organisation unabhängiger Staaten ist, ist sie letztlich auch diesen gegenüber rechenschaftspflichtig. Die Vereinten Nationen sind verpflichtet, die Souveränität des syrischen Regimes zu respektieren – also der Partei, die für die meisten Kriegsoffer und den Großteil der Zerstörung im Land verantwortlich ist. Die UN hat zwar einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber dem Regime, da sie letztlich die Hilfsgelder verwaltet, versäumt es aber regelmäßig, diesen auch zu nutzen. Damit verstoßen die Vereinten Nationen gegen einen ihrer eigenen Grundsätze. Nämlich, dass humanitäre Hilfe unabhängig von politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder anderen Zielen sein muss, die ein Akteur in Bezug auf die Gebiete verfolgt, in denen die Hilfe geleistet wird.

Der zweite Grund für die Schiefelage liegt in der Korruption innerhalb der einzelnen UN-Organisationen. So wurde im Oktober 2022 Ermittlungen gegen die Vertreterin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Syrien, Akjemał Magtymova, eingeleitet. Mitarbeiter hatten der Turkmenin vorgeworfen, gegen Richtlinien verstoßen und Autos und Goldmünzen an Regimevertreter verschenkt zu haben. Für meine jüngste Untersuchung des Hilfssektors sprach ich mit einem UN-Mitarbeiter, der mir erzählte, dass sich die Arbeit seiner Abteilung kaum von der einer syrischen Regierungsinstitution unterscheidet. Es herrscht

Vetternwirtschaft, mit Hilfe von Bestechungsgeldern erkaufen sich Unternehmen günstige Bewertungen. Andere gaben gegen Geld wichtige Informationen an potenzielle Lieferanten von Hilfsgütern weiter, damit diese Ausschreibungen gewinnen konnten.

Der dritte und letzte Grund betrifft nicht nur die Vereinten Nationen, sondern ist Basis der Arbeit der meisten Hilfsorganisationen. Die wollen humanitäre Hilfe möglichst unparteiisch, neutral und unabhängig von den Konfliktparteien verteilen – was dazu führt, dass das Verständnis der politischen Verhältnisse vor Ort als zweitrangig angesehen wird, solange nur der Zugang zu den Bedürftigen gesichert ist.

In der Praxis führt dieser Ansatz häufig dazu, dass mit Institutionen zusammengearbeitet wird, die selbst Teil des Konflikts sind, ohne dass die damit verbundenen Interessenkonflikte thematisiert und berücksichtigt werden.

Fast die Hälfte der UN-Gelder für Syrien floss an Personen mit gut dokumentierten Verbindungen zu (Kriegs-)Verbrechern

Das Assad-Regime kassiert über die Einführung eines Wechselkurses für humanitäre Finanztransaktionen

Ein Beispiel im syrischen Kontext ist die Zusammenarbeit der UN mit der Anwaltskammer des Landes, die vom Konflikt betroffene Personen über ihre Rechte beraten soll. Das Gremium wird jedoch vom Assad-Regime kontrolliert. Ihre Einbindung in juristische Angelegenheiten, die sich häufig auf Rechtsverletzungen durch den Staat selbst beziehen – etwa, wenn es um Wohnraum, Land und Eigentum geht – ist bestenfalls ein Irrweg. Schlimmstenfalls ist es ein offensichtlicher Interessenkonflikt.

Forderungen nach einer Reform der humanitären Arbeit der Vereinten Nationen sind nicht neu, weder in Bezug auf Syrien noch anderswo. Damit solch ein Unterfangen gelingen kann, bedarf es jedoch eines neuen und vielschichtigen Ansatzes, der die überwiegend westlichen Geberländer – allen voran die USA und Deutschland – mit den Vereinten Nationen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Syrien und anderen Ländern zusammenbringt. Alle drei Akteure tragen entscheidend zum Gelingen dieses Ansatzes bei. Ohne gemeinsames und koordiniertes Handeln ist jede Reform zum Scheitern verurteilt.

Koordination und Kooperation finden nicht im luftleeren Raum statt. Alle Akteure müssen miteinander reden und einander zuhören. Deshalb ist es wichtig, dass insbesondere die Vereinten Nationen, die bei aller berechtigten Kritik auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der humanitären Hilfe spielen werden, nicht von vornherein verteufelt werden.

Eine Vorverurteilung der UN wäre nicht nur kontraproduktiv, weil die Atmosphäre schon vor Beginn der Verhandlungen vergiftet würde, sondern auch unfair. Denn Korruption innerhalb der Vereinten Nationen kann nur einen Teil der verschwundenen Hilfsgelder erklären. Zudem legen Untersuchungen nahe, dass die meisten UN-Mitarbeiter eben nicht korrupt sind. Dafür sprechen zum Beispiel eben die Ermittlungen gegen Akjemał Magtymova, die offenbar von integren Kollegen angestoßen wurden.

Hoffnungsvoll stimmt auch, dass die Arbeit am erwähnten OPEN-SLDP-Bericht vom Feedback der Vereinten Nationen und der Geberstaaten profitierte. Die äußerten sich schriftlich zu unseren Recherchen und in Klausurtagungen vor der Veröffentlichung des Berichts. Ein konstruktiver Austausch, der nicht alltäglich ist, neigen doch die Vereinten Nationen und ihre Kritiker oft dazu, aneinander vorbei zu reden.

Syrische und internationale humanitäre Organisationen sollten weiterhin die Stimme der Notleidenden sein und durch ihre Arbeit jene Akteure zum Handeln motivieren, die sich bis dato mit dem Status quo arrangiert haben. Dabei kann eine Analyse der bisherigen UN-Aktivitäten in Syrien

helfen, die die Programme jeder Unterorganisation auflistet und regelmäßig aktualisiert wird. Diese Daten sollten mit den Geberländern geteilt werden, die den größten Einfluss auf die Arbeit der UN haben. Die gezielte Veröffentlichung einzelner Daten kann dazu beitragen, Druck sowohl auf die Geber als auch auf die UN selbst auszuüben.

Zweitens sollten die Geberländer im Auge behalten, wofür ihre Mittel vor Ort ausgegeben werden. Sie dürfen das Geld ihrer Steuerzahler nicht einfach ungeprüft an Dritte weitergeben und sollten stattdessen am Jahresende eine Prüfung aller humanitären Maßnahmen verlangen. Also auch jener, bei denen die lokalen Partner oder Lieferanten von der UN nicht genannt werden. Wenn gute Gründe für die Anonymität vorliegen, können deren Namen auch im später veröffentlichten Prüfbericht ungenannt bleiben. Die Geberländer müssen aber wissen, wen die UN beauftragt und aus welchen Gründen die Organisation einigen von ihnen Anonymität gewährt.

Es muss auch klar sein, dass Hilfsgelder möglichst nicht an Personen fließen, die eigentlich mit Sanktionen belegt sind. Es ist schizophoren, solche Akteure mit der einen Hand am Handeln zu hindern und ihnen gleichzeitig mit der anderen Hand Geld in den Rachen zu werfen. Natürlich haben die Vereinten Nationen recht, wenn sie argumentieren, dass sie nur UN-weite Sanktionen berücksichtigen. Andererseits haben die Geberländer das Recht zu entscheiden, wer Hilfsgelder bekommt und wer nicht.

Und schließlich sollten die Vereinten Nationen weiterhin vertrauensvoll mit Geberländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, um ihre eigene Arbeit zu verbessern und Korruption zu bekämpfen. In der Praxis bedeutet das zum Beispiel, ihre Sorgfaltspflicht gegenüber syrischen Partnern ernst zu nehmen.

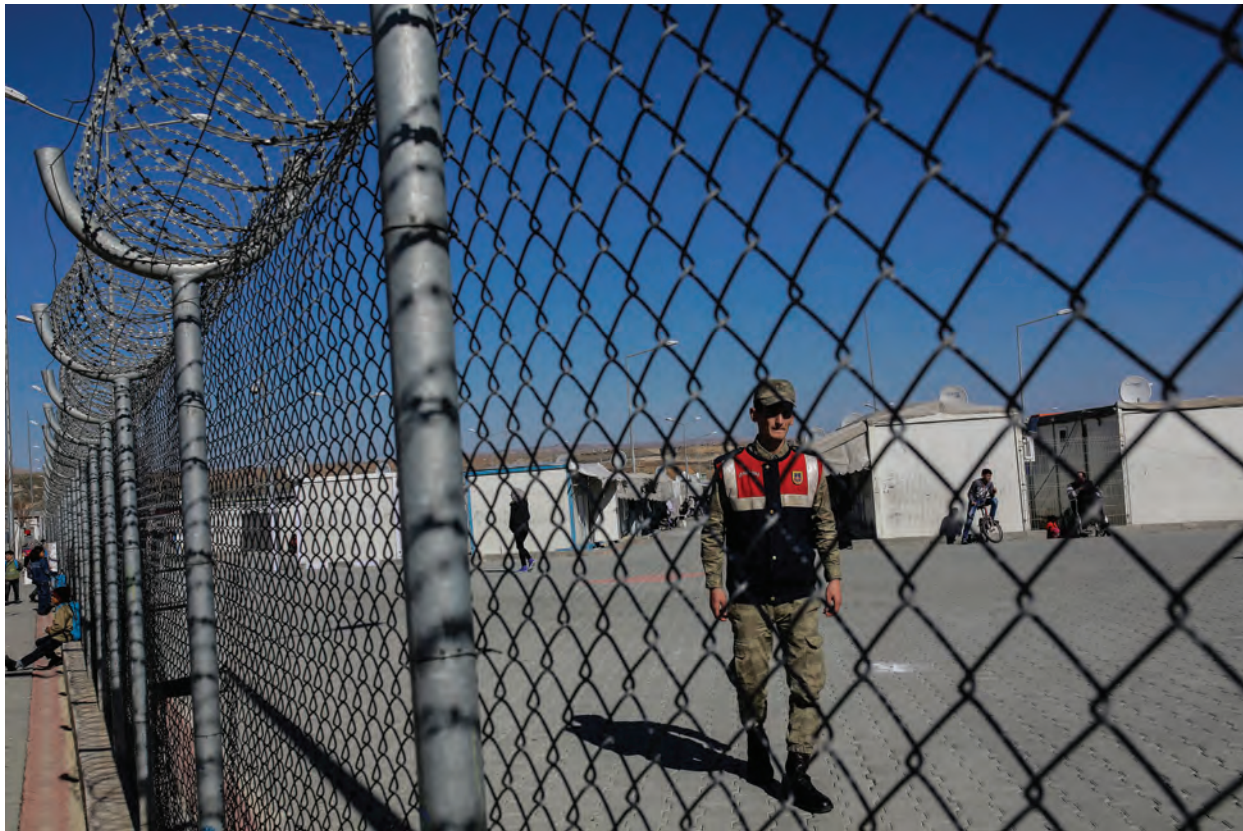
Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnte die Verlegung der UN-Abteilungen für Beschaffung und Personal von Damaskus nach Jordanien oder in den Libanon sein – so wären sie besser vor dem Druck des syrischen Regimes geschützt. Gleichzeitig sollte die UN transparenter werden und mehr Daten öffentlich zugänglich machen oder zumindest genauer erklären, warum sie bestimmte Informationen für sich behält. Eine weitere Maßnahme wäre die Einrichtung eines internen Mechanismus, der es potenziellen Whistleblowern erleichtert, Fehlverhalten anonym zu melden.

Karam Shaar ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitgründer der »Beobachtungsstelle für politische und wirtschaftliche Netzwerke« (OPEN). Er lebt und arbeitet in Neuseeland.

WENN RÜCKKEHR

Für die Türkei, den Libanon und Jordanien ist die Flüchtlingsfrage zentral für die Ausrichtung ihrer Syrien-Politik. Doch der zentrale Stolperstein für eine Lösung ist auch der ursprüngliche Auslöser der Krise

VON ANNE BAUER



Das Lager Nizip für syrische Geflüchtete in der türkischen Grenzprovinz Gaziantep.

KEINE OPTION IST

S

Seit nunmehr zwölf Jahren dauert der Bürgerkrieg in Syrien an, und ebenso lange suchen syrische Geflüchtete Schutz im Ausland. Mehr als die Hälfte der 21 Millionen Bürger, die vor dem Krieg im Land lebten, wurden vertrieben. Rund 6,8 Millionen davon sind Binnenvertriebene, über 6,5 Millionen flohen ins Ausland. Während man sich in Europa verstärkt ab 2015 mit den Herausforderungen der Flüchtlingsfrage konfrontiert sah, hatten Syriens Nachbarländer zu diesem Zeitpunkt bereits rund vier Millionen Geflüchtete aufgenommen. Heute halten sich mehr als 80 Prozent der ins Ausland geflohenen Syrer, das heißt rund 5,4 Millionen, in der Türkei, im Libanon und in Jordanien auf. Die Türkei beherbergt somit nicht nur die meisten syrischen Geflüchteten, sondern damit auch die höchste Gesamtzahl an Flüchtlingen weltweit. Im Libanon hingegen leben weltweit die meisten Flüchtlinge pro Einwohner. Jordanien liegt gleich danach auf Platz zwei.

Von Solidarität und Sympathie ...

Zu Beginn des Bürgerkriegs hielten die Nachbarländer bereitwillig ihre Grenzen offen für diejenigen, die vor der zunehmenden Gewalt in Syrien flohen. Im Glauben, dass der Konflikt ein baldiges Ende finden würde und Syrer in ihre Heimat zurückkehren könnten, bemühten sich lokale Gemeinschaften, internationale Akteure und die Regierungen der Aufnahmeländer, den Bedürfnissen der Millionen von Vertriebenen nachzukommen. Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnraum wurden erweitert und rechtliche Hürden für Neuankommende vorerst reduziert.

Gleichzeitig wurde auf politischer Ebene das brutale Vorgehen des syrischen Machthabers Baschar Al-Assad gegen Demonstrierende aufs Schärfste verurteilt, sodass dieser bereits 2011 sowohl regional als auch international weitgehend isoliert war. In den darauffolgenden Jahren entwickelten die betroffenen Länder jeweils ihre eigenen Herangehensweisen, um die enormen Herausforderungen der andauernden Flüchtlingskrise zu bewältigen.

So wurde für syrische Geflüchtete in der Türkei der Status des »vorübergehenden Schutzes« geschaffen, welcher vor Abschiebung nach Syrien schützt und Zugang zu staatlichen Dienstleistungen bietet. In Jordanien erleichterten familiäre und freundschaftliche Bindungen sowie enge kulturelle und historische Beziehungen die Aufnahme von Geflüchteten, sodass nur rund 20 Prozent von ihnen dauerhaft in den eigens eingerichteten Flüchtlingslagern untergebracht werden mussten.

Während das Haschemitische Königreich hierbei von Anfang an eng mit UN- und anderen humanitären Organisationen zusammenarbeitete und stark auf internationale Unterstützung zur Bewältigung der Krise setzte, traf der Libanon keine offiziellen Vorkehrungen zur Einrichtung von Flüchtlingslagern oder eines rechtlichen Schutzstatus.

Insgesamt war die Reaktion der libanesischen Regierung von einer fehlenden Strategie für die Bewältigung der enormen Herausforderungen der Flüchtlingskrise geprägt und die gesellschaftliche Haltung gegenüber Geflüchteten von historisch bedingten identitären Spannungen gezeichnet.

Die seit jeher hochpolitische demografische Balance im Libanon, die Intervention Syriens im libanesischen Bürgerkrieg sowie die begangenen Verbrechen während der

Der Libanon traf keine offiziellen Vorkehrungen zur Einrichtung von Flüchtlingslagern oder eines rechtlichen Schutzstatus

Foto: European Union 2016 - European Parliament

bis 2005 andauernden syrischen Besatzung haben alle dazu beigetragen, dass sich die Lage syrischer Geflüchteter im Libanon von Anfang an weitaus komplizierter gestaltete als in Jordanien und der Türkei. Trotz alledem nahm der kleine Staat eine immense Anzahl von Geflüchteten auf, sodass jeder vierte Mensch im Libanon heute Syrer ist.

... zu Überlastung und Anfeindung

Jedoch geriet die Standhaftigkeit der Nachbarländer mit Andauern des Kriegs zusehends ins Wanken. Die anfängliche Hoffnung auf ein rasches Ende des Konflikts und damit auch die Aussichten auf eine schnelle Heimkehr der Geflüchteten schwanden.

Deren Situation in der Region nahm zunehmend prekäre Ausmaße an. Nach und nach wurden restriktivere Maßnahmen ergriffen, die unter anderem die Arbeitsmöglichkeiten, Bewegungsfreiheit oder den rechtlichen Status Geflüchteter einschränkten.

So verbot die libanesische Regierung 2015 die Registrierung von neu ankommenden Geflüchteten durch das Flüchtlingshilfswerk UNHCR.

Im selben Jahr ließ auch die Türkei die Politik der offenen Grenzen angesichts des nicht abbreißenden Zustroms von Flüchtenden einstellen. Mit Blick auf die Geflüchteten, die sich bereits in den Nachbarländern befanden, versuchten die jeweiligen Regierungen unter anderem den Zugang zum Arbeitsmarkt zu regulieren.

Trotz unterschiedlicher Ansätze haben rechtliche Beschränkungen in allen drei Ländern dazu geführt, dass die große Mehrheit von Syrern in informellen Beschäftigungsverhältnissen arbeitet und insbesondere im Libanon und der Türkei ganze Sektoren wie Landwirtschaft, Bauwesen oder Industrie von deren kostengünstiger Arbeitskraft abhängig sind. Dennoch leben laut UN-Angaben aktuell zwischen 70 und 90 Prozent der syrischen Geflüchteten in den drei Nachbarländern unterhalb der Armutsgrenze.

Zusätzlich lässt sich innerhalb der letzten Jahre eine verstärkt anti-syrische Stimmung beobachten. Im Libanon und in der Türkei tritt im politischen Diskurs heute eine Rhetorik zum Vorschein, die Syrer als Sündenböcke für politische Probleme aller Art verantwortlich macht. In beiden Ländern haben wachsende Spannungen zwischen Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft, angefacht durch die Politisierung der Flüchtlingsthematik, zu einer besorgniserregenden Zunahme von verbalen und körperlichen Angriffen auf Syrer geführt.

Auch wenn das gesellschaftliche Umfeld in Jordanien vergleichsweise freundlich bleibt, drängt die Regierung ebenso verstärkt auf eine Repatriierung von Geflüchteten. In allen drei Ländern leben die meisten syrischen Geflüchteten heute bestenfalls in einer Situation der Ungewissheit, im

schlimmsten Fall aber in ständiger Angst vor Abschiebung und Übergriffen.

Von wirtschaftlichen und globalen Krisen ...

Tatsächlich hat sich nicht nur die Lage der syrischen Geflüchteten in den letzten Jahren verschlechtert, auch die Situation der Aufnahmegesellschaften ist schwieriger als je zuvor. Dies trifft auf kein Land mehr zu als auf den Libanon. Der Staat durchlebt seit Ende 2019 eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen, die die Welt seit Mitte des 19. Jahrhunderts gesehen hat. Der komplette Verfall der Währung, explodierende Lebenshaltungskosten sowie ein akuter Mangel an grundlegenden Gütern und Dienstleistungen, darunter Strom, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und Bildung, haben dazu geführt, dass laut UN-Angaben rund 80 Prozent der Bevölkerung in Armut leben.

Diese enorme wirtschaftliche Not verstärkte die bereits vorhandenen Vorurteile und Anschuldigungen gegen Syrer im Land. So richtete sich der Blick vieler Libanesen angesichts der Überbelastung der defizitären Infrastrukturen des Staates rasch auf die syrischen Geflüchteten, die von den meisten in der Aufnahmegesellschaft ohnehin seit Langem als unerwünschte Gäste im Land angesehen werden. Auch konkurrieren Libanesen inzwischen vermehrt mit Geflüchteten um Jobs in Niedriglohnssektoren. Syrer werden außerdem beschuldigt, die Löhne für alle im Land zu drücken, da sie bereit sind, für einen Bruchteil dessen zu arbeiten, was ein libanesischer Angestellter verdienen würde.

Dabei wird außer Acht gelassen, dass die eigentliche Ursache in der fehlenden Rechtsstaatlichkeit im Libanon liegt, die sowohl Syrer als auch arme Libanesen dazu zwingt, in ausbeuterischen Verhältnissen zu arbeiten. Sogar ein Angestellter im öffentlichen Dienst, der in Libanesischen Pfund bezahlt wird, verdient umgerechnet im besten Fall nur noch 100 US-Dollar im Monat. Da jedoch manche syrische Geflüchtete und arme Libanesen einen Teil der ihnen zustehenden Hilfsleistungen von humanitären Organisationen in US-Dollar ausgezahlt bekommen, ist diese Situation ein gefundenes Fressen für all diejenigen, die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge im Land betreiben wollen. Vor allem spielt sie der politischen Elite in die Hände, der jede Ablenkung vom eigenen Versagen mehr als willkommen ist. So kann schnell aus dem Blick geraten, dass das eigentliche Problem nicht bei den humanitären Hilfszahlungen an syrische Geflüchtete liegt, sondern bei dem selbst verschuldeten Bankrott des heruntergewirtschafteten Staates, der die Gehälter seiner Angestellten nicht mehr bezahlen kann.

Hinzu kommt, dass die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine die Auswirkungen der bestehenden

Die meisten syrischen Geflüchteten leben heute in Ungewissheit oder ständiger Angst vor Abschiebung und Übergriffen

Foto: UNDP



Oben: Kinder in Zaatari, dem weltweit größten Lager für syrische Geflüchtete in Jordanien

Unten: Ein provisorisches Lager für syrische Geflüchtete in der libanesischen Bekaa-Ebene



Foto: Pekka Tiainen, EU/ECHO

strukturellen Probleme im Nahen Osten erheblich verschlimmert haben. Die Pandemie hat Infrastruktur und Ressourcen in jeglicher Hinsicht enorm belastet, während der Krieg in der Ukraine zu erheblichen Engpässen bei Grundnahrungsmitteln wie etwa Weizen führt und die Verfügbarkeit von humanitären Hilfsmitteln beeinträchtigt. Dies hat gravierende Folgen, da die Aufnahmestaaten in hohem Maße auf internationale Unterstützung angewiesen sind, um den Herausforderungen der Flüchtlingsfrage zu begegnen. Die direkten Auswirkungen sind vor allem für diejenigen spürbar, die am meisten darauf angewiesen sind.

So sah sich das Welternährungsprogramm beispielsweise vor Kurzem gezwungen, die Hilfszahlungen an Syrer in jordanischen Flüchtlingslagern um ein Drittel zu kürzen – von 32 auf 21 US-Dollar pro Person im Monat. Obwohl das Haschemitische Königreich durch eine vergleichsweise umsichtige Politik und in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen die negativen Auswirkungen der Flüchtlingskrise mildern konnte, beklagt das Land schon seit Langem Engpässe bei notwendigen Hilfslieferungen. In allen drei Aufnahmestaaten wächst die Sorge, dass die Langwierigkeit des scheinbar »eingefrorenen«
Syrien-Konflikts in Verbindung mit neuen globalen Krisen bei Gebern zu Spendenmüdigkeit führt und insbesondere der Westen die betroffenen Länder nach und nach mit den Herausforderungen der Flüchtlingskrise alleine lässt.

... zum Politikwandel und Paradigmenwechsel

Die Wirtschaftskrise, unter der die Türkei seit 2018 und verstärkt ab 2021 leidet, brachte einen spürbaren Stimmungswandel gegenüber Geflüchteten mit sich. Die drastische Abwertung der Währung, hohe Inflationsraten und Arbeitslosigkeit haben den Lebensstandard vieler Türken in den letzten fünf Jahren deutlich sinken lassen. Im selben Zeitraum belegen Umfragen eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten: Während sich im Jahr 2017 49 Prozent der Türken eine Abschiebung von Syrern wünschten, waren es 2021 bereits 82 Prozent.

Dieser Stimmungswandel lässt sich auch an der politischen Rhetorik festmachen, die ihren Teil dazu beitrug, die vorhandenen Spannungen weiter anzufachen. So proklamierten türkische Regierungsvertreter in den Jahren vor der Wirtschaftskrise noch öffentlich, dass Landwirtschaft und Industrie ohne syrische Arbeitskraft zusammenbrechen würden. Heute klingt das ganz anders. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 avancierte die Flüchtlingsfrage zum politischen Brennpunktthema. Angesichts der Vorwürfe der Opposition, zu vielen Flüchtlingen Schutz gewährt zu haben, versprach Präsident Recep Tayyip Erdoğan, eine Million Syrer in das von der Türkei besetzte Gebiet in Nordsyrien zurückzuschicken, während sein Herausforderer

Kemal Kılıçdaroğlu ankündigte, alle syrischen Flüchtlinge in weniger als zwei Jahren abschieben zu wollen. Ferner ist mit Blick auf die richtungsweisenden Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 davon auszugehen, dass die Politisierung der Flüchtlingsthematik vorerst nicht abebben wird.

Die verstärkte Politisierung der Flüchtlingsfrage spielt auch in den jüngsten regionalen Entwicklungen und multilateralen Beziehungen eine maßgebliche Rolle. Sowohl die Türkei als auch die arabischen Staaten haben im letzten Jahr Schritte unternommen, um eine Wiederannäherung mit Syriens Machthaber Assad in die Wege zu leiten. Diesem Paradigmenwechsel in der Syrien-Politik der arabischen Länder liegt unter anderem das Kalkül zugrunde, dass man schrittweise Zugeständnisse erreichen kann, die die Voraussetzungen für eine groß angelegte Rückführung von syrischen Geflüchteten schaffen. Es verwundert daher nicht, dass Jordanien schon im Jahr 2021 eine Schritt-für-Schritt-Initiative

für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Assad-Regime entwarf. Der jordanische Entwurf sieht eine Repatriierung von Geflüchteten gleich in der Anfangsphase vor und wurde seither zur Blaupause für die von der Arabischen Liga ins Leben gerufene Initiative.

Obwohl es scheint, als ob das neu gewonnene diplomatische Momentum schon zu Beginn ins Stocken geraten ist, da die erhofften Kompromisse von Seiten Assads bislang ausbleiben, sollten die indirekten Auswirkungen auf die syrische Flüchtlingsgemeinschaft nicht unterschätzt werden. So impliziert die Normalisierung der Beziehungen zu Damaskus, dass das Assad-Regime ein legitimer staatlicher Akteur und Syrien ein sicheres Land sei, in das syrische Vertriebene nun ohne Probleme zurück-

kehren könnten. Aus Sicht der betroffenen Staaten sollten sie dies bestenfalls freiwillig tun – zur Not aber auch unter Zwang.

Seit dem Frühjahr 2023 häufen sich Razzien, Hausdurchsuchungen und Zwangsabschiebungen, während militante libanesische Hardliner-Gruppierungen auf eigene Faust versuchen, Syrer durch Schikane und körperliche Gewalt zu einer Rückkehr zu zwingen. Ebenso sehen sich Geflüchtete in der Türkei nach Erdoğan's Wahlsieg einer intensivierten Schattenkampagne türkischer Behörden ausgesetzt. Der amtierende Präsident hatte im Wahlkampf unter anderem versprochen, die diplomatischen Beziehungen zwischen Ankara und Damaskus in einem Maße zu verbessern, dass Syrer freiwillig nach Syrien zurückkehren würden.

Syrer berichten seither von verstärkten Kontrollen, Ausgangssperren sowie Abschiebungen, denn weder in der Türkei noch im Libanon scheint das oft angeführte Konzept der »freiwilligen«
Rückkehr bislang aufzugehen. Auch die geschäftsführende libanesische Regierung hatte bereits im Juli 2022 angekündigt, von nun an jeden Monat 15.000 syrische Flüchtlinge, die sich »freiwillig«
melden, nach Syrien

Libanesen konkurrieren inzwischen vermehrt mit Geflüchteten um Jobs in Niedriglohnsektoren

auszuweisen und dafür mit Assad in Verhandlungen treten zu wollen. Obwohl diese Quoten nie erfüllt wurden, schürten solche Ankündigungen die Angst vor Abschiebung unter den Geflüchteten enorm.

Viele Krisen, wenige Lösungen

Aber warum kehren trotz verschlechterter Lebensbedingungen und politischer und gesellschaftlicher Anfeindungen nicht mehr Geflüchtete freiwillig nach Syrien zurück? Dies liegt hauptsächlich daran, dass dieselben Gründe, die Syrer damals zur Flucht bewegten, auch heute noch existieren. An vorderster Stelle stehen hierbei Sicherheitsbedenken sowie der Mangel an Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu decken. Zudem drohen bei einer Rückkehr willkürliche Verhaftungen, Erpressung von Lösegeldern, Zwangsrekrutierung in die Armee sowie Befragung unter Folter und »erzwungenes Verschwindenlassen«
– alles bewährte Unterdrückungsmethoden des Assad-Regimes.

Zum anderen ist die wirtschaftliche Situation in Syrien derart desaströs, dass viele Rückkehrer, deren ursprüngliche Heimatorte oftmals nicht mehr bewohnbar sind oder deren Eigentum das syrische Regime oder Milizen beschlagnahmt haben, in jeglicher Hinsicht vor dem Nichts stehen. All dies führt nicht selten dazu, dass einige sich erneut zur Flucht aus Syrien entschließen. Menschenrechtsorganisationen im Libanon und der Türkei, die mit solchen Fällen vertraut sind, reden mittlerweile von der »Rück-Rückkehr«. Und so beabsichtigt laut aktuellen UN-Umfragen lediglich ein Prozent der sich im Libanon und Jordanien aufhaltenden Geflüchteten, innerhalb des nächsten Jahres nach Syrien zurückzukehren.

Unbestreitbar ist aber auch, dass bei Syriens Nachbarn das Verständnis für das Dilemma syrischer Geflüchteter schwindet, zumal alle drei Länder weitaus mehr Flüchtlinge aufnehmen, als sie es eigentlich verkraften. Einerseits plädieren nun viele europäische Geberländer und internationale Organisationen auf nachhaltige Entwicklungsstrategien zur mittel- bis langfristigen Integration von Geflüchteten im Libanon, Jordanien und der Türkei.

Auf dem Arbeitsmarkt beispielsweise sollten bestehende rechtliche Hürden abgebaut werden, sodass syrische Geflüchtete, die oftmals wertvolle Kompetenzen und teils sogar Kapital mitbringen, zur Genesung der angeschlagenen Volkswirtschaften der Länder beitragen können, anstatt diese zu belasten.

Andererseits bestehen die Regierungen der Aufnahmestaaten darauf, dass Geberländer selbst mehr Flüchtlinge aufnehmen und finanzielle Hilfsleistungen erhöhen beziehungsweise umverteilen – etwa durch eine stärkere Unterstützung der Aufnahmegesellschaften oder durch das Schaffen von finanziellen Anreizen für Rückkehrer, bis

hin zum Wiederaufbau Syriens. Doch insbesondere dieser Punkt ist für viele europäische Staaten wie Deutschland ein No-Go, da ein Wiederaufbau Syriens die Normalisierung der Beziehungen zu Machthaber Assad voraussetzen würde. Da das dem erklärten Grundsatz des politischen Übergangs widerspricht, lehnen die meisten westlichen Regierungen im Gegensatz zu den Staaten der Region eine Normalisierung weiterhin entschieden ab.

In Anbetracht dieser Umstände ist realistischerweise davon auszugehen, dass es für die allermeisten syrischen Geflüchteten in absehbarer Zukunft keine Rückkehr nach Syrien geben wird. Auch die Emigration ins Ausland ist für die meisten keine realisierbare Option. Folglich wird der großen Mehrheit trotz der zunehmend schwierigen Lebensumstände in den Aufnahmeländern nichts anderes übrigbleiben, als vor Ort auszuharren.

Dennoch ist anzumerken, dass sich ein Teil der Syrer im Laufe der Jahre an die schwierigen Lebensumstände in den Nachbarländern angepasst hat. Nicht wenige haben es trotz aller Hürden geschafft, sich erfolgreich zu integrieren und sich ein Leben in ihrer neuen Heimat aufzubauen, das es ihnen erlaubt, einen aktiven Beitrag zu Gesellschaft und Wirtschaft der Aufnahmeländer zu leisten. In der Türkei beispielsweise haben rund 240.000 Syrer seit 2011 die türkische Staatsbürgerschaft erhalten, und auch in Jordanien finden sich Erfolgsgeschichten von syrischen Geflüchteten, die kleine und mittelständische Unternehmen aufgebaut haben.

Jedoch machen es die derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den jeweiligen Aufnahmestaaten schwierig, daraus nachhaltige Strategien für mehr Stabilität abzuleiten. Die wirtschaftliche Unsicherheit und der wachsende Konflikt um Ressourcen, verbunden mit den bereits bestehenden Identitätsfragen, die alle drei Aufnahmestaaten (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) destabilisieren, stehen einer langfristigen Integration von Geflüchteten im Weg.

Dass es keine allumfassende Lösung geben kann, liegt also nicht zuletzt daran, dass die Flüchtlingskrise im Nahen Osten eng mit anderen Binnen- sowie länderübergreifenden Krisen verknüpft ist, für die ebenfalls dringend Auswege gefunden werden müssen. In Zuge dessen ist es von entscheidender Bedeutung, auch nach zwölf Jahren Krieg in Syrien sowohl den Geflüchteten als auch den Aufnahmegesellschaften Gehör zu verschaffen, ihre Probleme und Interessen ernst zu nehmen und trotz sich überlagernder Krisen weiterhin gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Anne Bauer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Beirut.